

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte ★

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse: GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 18 / 17. Jahrgang

5. September 1996

G 7756 D

Preis 2,00 DM

BRD-Kampftruppen nach Bosnien?

Eskalationspolitik von Rühle und Naumann geht auf / SPD ist dabei

„Kampftruppen bedeuten ja glücklicherweise noch nicht Kampfeinsätze“, so kommentierte der SPD-MdB Hornhus die Ankündigung von Minister Rühle, daß Bundeswehrkampftruppen in Bosnien stationiert werden sollen.

Am 20. Dezember läuft das Mandat der IFOR-Truppen in Bosnien aus. Schon länger ist bekannt, daß die NATO entsprechende Pläne ausgearbeitet hat, die eine längere Stationierung von Kampftruppen vorsehen. Nun treffen sich Ende September die NATO-Verteidigungsminister in Norwegen, um die weitere Marschroute festzulegen. Rechtzeitig

mann in Brüssel können frohlocken, ihre Strategie geht auf“, kommentiert die Süddeutsche Zeitung (30.8.) den Positionswandel der SPD. Wie sieht deren Strategie aus? Die US-Regierung hatte sich verpflichtet, ihre Truppen nach einem Jahr aus Bosnien wieder abziehen. Im Zusammenhang mit dem US-Wahlkampf muß die Clinton-Regierung diese Zusage einhalten, um nicht unglaubwürdig zu werden. Die Bundesregierung plant, die abziehenden US-Truppen durch Bundeswehrkampftruppen zu ersetzen. Insgesamt werden die IFOR-Truppen von 50.000 auf 20.000 Soldaten reduziert. Gleichzeitig soll



Propaganda-Darstellung der Bundeswehr vor dem Bosnien-Einsatz. Aus: „FAZ“

im Vorfeld dieser Versammlung hat die Bundesregierung eine Pressekampagne entfaltet. In der Öffentlichkeit soll die Akzeptanz für Bundeswehrkampfeinsätze in Bosnien hergestellt werden.

Als der Bundestag Ende 1995 den Einsatz von Bundeswehrtruppen beschloß, war dies nur auf Kroatien begrenzt. Hier gebe es ein deutschfreundliches Umfeld und die historischen Umstände sprächen gegen deutsche Soldaten in Bosnien. Letzteres ist nun kein Thema mehr.

Nachdem mit 50.000 IFOR-Soldaten genügend militärische Druckmittel in Bosnien stationiert sind, fühlt sich die Bundeswehr stark genug, evtl. Gegenreaktionen niederschlagen zu können.

Das sieht auch der außenpolitische Sprecher der SPD Karsten Voigt so. In der Jungen Welt (29.8.) sagte er: „Wenn die Bundeswehr also nach einem Beschluß des Bundestages ihren Einsatz dort fortsetzt – wahrscheinlich mit verringerter Zahl und verändertem Auftrag – dann könnte und sollte sie nun mit den gleichen Rechten und Pflichten wie die anderen IFOR-Teilnehmerstaaten dort agieren können.“

„Minister Rühle und General Nau-

mann in Brüssel können frohlocken, ihre Strategie geht auf“, kommentiert die Süddeutsche Zeitung (30.8.) den Positionswandel der SPD. Wie sieht deren Strategie aus? Die US-Regierung hatte sich verpflichtet, ihre Truppen nach einem Jahr aus Bosnien wieder abziehen.

Das ist aber nur ein Teil. Letztlich geht es um das, was Bundesregierung und SPD unter „Normalisierung in der NATO“ verstehen. Die durch die Siegermächte des 2. Weltkrieges vorgenommene Begrenzung der Einsatzmöglichkeiten deutscher Armeen soll endgültig aufgehoben werden.

In einer Erklärung von Angelika Beer, verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen, sowie des Grünen-MdB Ludger Volmer wird kritisiert: „Es mutet schon seltsam an, wenn die Bundesregierung problemlos Geld für die NATO-Einsätze und deren Fortplanungen aufbringt, die Bereitstellung von Mitteln für den zivilen Wiederaufbau aber ... verzögert wird ... Die Pläne für eine Verlängerung des Kampfeinsatzes liegen bei der NATO längst in der Schublade. Dem Militärbündnis geht es offensichtlich auch darum, in politischer Konkurrenz zu den Vereinten Nationen deren internationale Bedeutung für Krisen und Konfliktmanagement weiter der NATO unterzuordnen.“ (hav)

Jubelplan:

Gottesdienst, Festakt, Staatsempfang, Bürgerfest

Das bisher streng geheimgelaltene Programm der bayerischen Staatsregierung für die nationalen Einheitsfeiern am 3. Oktober in München ist jetzt bekannt geworden. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren haben, ist nach einem Gottesdienst (10 Uhr) im Dom ein „Festakt“ für 11.30 Uhr im Herkulesaal der Residenz vorgesehen. Im Anschluß daran findet ein Staatsempfang des Bundespräsidenten im Kaisersaal der Residenz statt. Von 14.00 bis 17.00 Uhr wird dann das „Volk“ eingeladen, bei einem „Bürgerfest“ am Odeonsplatz mitzufeiern.

Das „Aktionsbündnis gegen die nationalen Einheitsfeiern“ bereitet seit längerem eine Gegendemonstration zu dieser offiziellen Staatsfeier vor. Während die Repräsentanten des Staates, die Creme de la creme aus Wirtschaft und Politik wieder einmal ihre großdeutschen „Errungenschaften“ abfeiern wollen, sagen wir: „Es gibt nichts zu feiern, aber viele Gründe zum Widerstand“.

Unter dieser Losung steht der Aufruf zur Demonstration am 3. Oktober in

**Demo
3. Okt.
11.00 Uhr
München
Stachus**

Gegen die nationalen Einheitsfeiern
am 3. Oktober 1996 in München

**Es gibt nichts zu feiern,
aber viele Gründe
zum Widerstand!**



München. Er wird bislang von mehr als 60 Organisationen unterstützt, vor allem von Antifa-Initiativen, von autonomen Gruppen, von sozialistischen Organisationen und von der Grünen Stadtratsfraktion in München.

Zu den zahlreichen Einzelpersonen, die die Aktion unterstützen, zählen auch die Bundestagsabgeordneten Eva Bulling-Schröter, Gerhard Jüttemann, Rolf Kutzmutz, Dr. Ludwig Elm und Dr. Winfried Wolf. (Claus Schreier)

US-Raketen gegen Irak – PKK kritisiert PUK und warnt KDP

Am Dienstagmorgen, den 3.9., haben US-Militäreinheiten nach US-Meldungen 30 bis 50 Cruise-Missile-Raketen auf „ausgewählte Luftverteidigungseinheiten“ des Irak abgefeuert. US-Präsident Clinton rechtfertigte den Militärschlag als „Vergeltung“ für den Einmarsch irakischer Truppen in den zur „Schutzzone“ erklärten irakischen Teil Kurdistans.

Kurz vor der US-Aktion hatte der Führer der kurdischen PUK, Celal Talabani, angekündigt, seine Partei werde noch eine Woche warten, wie der Westen auf die irakische Militär-Intervention zugunsten der KDP reagiere: „Sollte der Westen uns verraten ... so werden wir uns natürlich auf die Seite derjenigen begeben, die uns unterstützen wollen.“ In dem seit Jahren anhaltenden Klein-

krieg zwischen den südkurdischen Parteien PUK und KDP geht es um Clan-Interessen, insbesondere um die Verteilung der US-Subsidien und der Einnahmen aus dem Öl- und Schmuggelgeschäft, zwischen den beiden Clanchefs und ihren Parteien. PKK-Generalsekretär Öcalan kritisierte Talabani wegen seiner Äußerung, das südkurdische Gebiet werde in einen proirakischen und einen proiranischen Teil geteilt, und wegen seiner Appelle an den Westen. Zugleich warnte er die KDP. Barzani wolle eine Neuauflage der 1974 mit Bagdad vereinbarten „Autonomie“, evtl. mit Duldung der Türkei, vergesse aber, daß diese „Autonomie“ mit der Vernichtung seines Vaters endete. Sollte die KDP Gefangene der PUK ermorden, werde die PKK nicht untätig bleiben. (rüf)



Mit Kundgebungen und Demonstrationen in Berlin, Leipzig, Hamburg, Dortmund, Ludwigshafen und Stuttgart setzen die Gewerkschaften ihre Proteste gegen die Regierungspolitik fort. „Kürzung der Lohnfortzahlung, Abbau des Kündigungsschutzes und Heraufsetzung des Rentalters für Frauen! Das ist eine Politik gegen Arbeitsplätze, gegen soziale Gerechtigkeit, gegen die Mehrheit der Bevölkerung“, heißt es im Aufruf des DGB-Vorstands zu den Aktionen. (rüf)

AKTUELL IN BONN**Bundesschuld steigt weiter**

Die Neuverschuldung des Bundes wird in diesem Jahr nach den bisher vorliegenden Zahlen die von CSU-Finanzminister Waigel angekündigten 60 Mrd. DM bei weitem übertreffen. Das wird inzwischen auch von Sprechern der Bundesregierung nicht mehr bestritten. Das DIW erwartet beispielsweise einen Anstieg der Neuverschuldung auf 76 Mrd. DM. Allein die Bundesanstalt für Arbeit wird statt der bisher im Haushalt eingeplanten 4,3 Mrd. DM Zuschüsse mindestens 8 Mrd. DM Zuschüsse des Bundes benötigen. Vor allem aber bleiben die Steuereinnahmen weit hinter den Erwartungen zurück, hier insbesondere die Einkommenssteuern der Gutverdiener und die Körperschaftsteuern der Unternehmen. Statt Steuern zu zahlen, kauft man in diesen Kreisen lieber Staatspapiere und verdient so auch noch die Zinsen aus den Steuerzahlungen der anderen. Trotzdem hält die Regierung an ihren Steuergeschenken für die Reichen fest: So soll die gerade erst geringfügig angehobene Dienstwagenbesteuerung wieder gesenkt werden.

Auch die SPD will den Spitzensteuersatz senken

Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe der SPD hat sich über ein „Gegenmodell“ der SPD gegenüber den noch gar nicht offiziell verkündeten Steuerreformplänen der Union und der FDP verständigt. Das Konzept soll noch in dieser Woche öffentlich vorgestellt werden. Nach Presseberichten will die SPD das steuerfreie Existenzminimum lediglich von 12.100 DM auf 13.000 DM im Jahr anheben. Der Eingangsteuersatz soll von bisher 26% auf 20% gesenkt werden, der Spitzensteuersatz erheblich stärker, nämlich auf 40%. Da dieser Satz auch die Norm setzt für die Körperschaftsteuersätze, kann man daraus schließen, daß die SPD auch diese Steuer der Unternehmen erneut senken will. Das NRW-Finanzministerium beziffert diese Steuersenkungen auf 60 bis 80 Mrd. DM im Jahr. Dieser Einnahmeausfall soll durch Abbau von Steuervergünstigungen korrigiert werden, ohne daß die Mehrwertsteuer angehoben wird. Dabei will die SPD angeblich vor allem Steuerbegünstigungen für große Unternehmen abbauen, u.a. im Bereich der Abschreibungen, der steuerfreien Rücklagen u.ä., so daß am Ende die Arbeitnehmer und kleine bis mittlere Unternehmen entlastet würden und die großen Unternehmen etwas stärker belastet würden. Da letzteres aber an Union und FDP ganz sicher scheitern wird, kann man diesen Teil der SPD-„Vorschläge“ ruhig als Werbung abhaken. Es bliebe die neuerliche Steuerentlastung in den höheren Einkommenszonen und für kleine und mittlere Unternehmen, die damit von SPD, Union und FDP gleichermaßen angestrebt wird und die mit hoher Wahrscheinlichkeit von Leuten mit geringen Einkommen, (junge Leute, Ausländer usw.) bezahlt werden soll.

Streit um Ost-Wohngeld

Auf heftige Kritik sind die Pläne der Bundesregierung gestoßen, daß zusätzliche Wohngeld im Osten von Anfang 1997 an abzubauen und statt dessen nur noch das seit 1990 in den

westlichen Bundesländern geltende Wohngeld auszubauen. Der Abbau dieses Wohngeldes würde vor allem unter alten Leuten und Arbeitslosen zu einem deutlichen Anstieg der Wohnungsnot führen, zumal zeitlich parallel die Mieten im Osten noch steiler steigen dürften. Die Kritik an den Bonner Plänen haben sich jetzt sogar die Bauminister der ostdeutschen Länder zu eigen gemacht. Bei einem Treffen in Magdeburg verlangten sie, vor allem die zu knappen Hilfen für Rentner und Arbeitslose mit Jahreseinkommen unter 12.000 DM müßten korrigiert werden.

Kapitalexport: Billiglohn lockt weiter

Der deutsche Kapitalexport in die Billiglohnländer in Osteuropa (Polen, Ungarn, Tschechien) boomt weiter. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums haben 1995 deutsche Firmen allein in Tschechien 1,2 Mrd. DM investiert, in Ungarn sogar 1,8 Mrd. DM. In der Tschechischen Republik rangieren deutsche Unternehmen damit mit fast 30% Anteil an allen Auslandsinvestitionen weit vorne, gefolgt von US-Firmen mit 14,3% Anteil, der Schweiz mit 13,9%, Niederlande mit 13% und Frankreich mit 8,9%. Mit Abstand größte Investoren sind VW (Skoda) und Siemens. Insgesamt verfügen inzwischen 5.000 bis 6.000 deutsche Firmen über Betriebe in der tschechischen Republik – zumeist ohne gewerkschaftliche Vertretung und bei einem Durchschnittslohn von umgerechnet ca. 500 DM.

Amnestie für Steuerflucht?

Der Präsident des Bundesfinanzhofes, Klaus Offerhaus, hat eine Amnestie für Steuerflüchtlinge vorgeschlagen, die das seit 1993 geltende Zinsabschlagsgesetz durch Verlegung ihrer Anlagen nach Luxemburg betrügerisch umgangen haben. Außerdem solle die bisher geltende Besteuerung von Kapitalerträgen durch eine 30-35prozentige „Abgeltungssteuer“ umgewandelt werden. Letzteres würde die bisher geltende Kapitalertragssteuer gerade für ausgesprochen wohlhabende Kreise erneut verringern. Wegen betrügerischer Steuerflucht zur Vermeidung der Zinsbesteuerung führen die Staatsanwaltschaften derzeit zahlreiche Ermittlungsverfahren, von denen auch mehrere Großbanken wie die Dresdner Bank betroffen sind. Diese Straftäter will der Chef des obersten Finanzgerichts nunmehr amnestieren.

Was kommt demnächst?

Am 3. September nimmt der Bundestag seine Sitzungen wieder auf. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzungswoche steht der Haushaltsentwurf der Regierung für 1997. Am 4.9. reist Bundespräsident Herzog in die Tschechische Republik. Am 12.9. tagt der Bundesrat. Grüne und SPD versuchen, das Sparpaket der Regierung neuerlich abzulehnen, ob das gelingt, hängt u.a. am Abstimmungsverhalten Hamburgs (Stadt-Partei) und von Rheinland-Pfalz (SPD-FDP). Falls das Paket abgelehnt wird, fällt am 13.9. im Bundestag die Schlussentscheidung. Am 15.9. sind die Kommunalwahlen in Niedersachsen.

Widerstand gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr? Degradiert!

Bundesverwaltungsgericht: Berufs- und Zeitsoldaten müssen überall hin, wohin der Minister befiehlt!

Der 2. Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts in München hat in einem jetzt bekanntgewordenen Grundsatzurteil am 31. Juli dieses Jahres einen Oberstabsarzt zum Stabsarzt degradiert, weil dieser die Beteiligung an Auslandseinsätzen abgelehnt hatte, wenn diese nicht der Verteidigung der BRD oder eines anderen NATO-Mitgliedstaates dienen. Das Gericht stuft seine Entscheidung als „richtungsweisend“ ein. Das ist sie in der Tat.

Der 36 Jahre alte Oberstabsarzt hatte geltend gemacht, daß bei seiner Verpflichtung zum Berufssoldaten im Jahre 1982 eine erhebliche andere Verfassungslage bestanden hätte: Ein militärischer Einsatz der Bundeswehr zu anderen Zwecken als der Verteidigung der BRD oder eines NATO-Verbündeten sei damals ausgeschlossen gewesen. Unter dieser Bedingung habe er sich zum Berufssoldaten verpflichtet. Wenn damals Militärs „out-of-area“-Einsätze der Bundeswehr wie z.B. in Bosnien, wie sie heute von der militärischen Führung und der Bundesregierung angeordnet würden, auch nur erörtert hätten, wären sie sicherlich entlassen worden. Es sei ihm nicht zuzumuten, an solchen Einsätzen teilzunehmen, die er weder mit seinem Gewissen noch mit seinem Eid vereinbaren könne. Er werde also weder daran teilnehmen noch Verwundete behandeln, wenn diese gegen ihren Willen zu einem solchen Einsatz befohlen worden seien.

Die 7. Kammer des Truppendienstgerichts Süd hatte diese Erklärung des Oberstabsarztes bereits als „Aufkündigung der Dienstleistungsbereitschaft“

bewertet und ein Beförderungsverbot von zwei Jahren verhängt. Dagegen hatte der Oberstabsarzt als auch die oberste Anschuldigungsbehörde, der „Bundeswehrdisziplinaranwalt“, Widerspruch beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt.

Das Gericht entschied nun, daß die Erklärung des Oberstabsarztes mit den Pflichten eines Berufssoldaten nicht vereinbar sei. Berufs- wie Zeitsoldaten dürften auch gegen ihren Willen zu Auslandseinsätzen befohlen werden. Die Loyalitätspflicht gebiete dies. „Aus der nachdrücklich erklärten Verweigerung der Dienstleistungsbereitschaft in einer so entscheidenden Frage wie des Einsatzes 'out of area' könnten negative Rückschlüsse auf die Rechtstreue des Offizierskorps der Bundeswehr gezogen werden“, meinten die Richter und verschärften das Urteil gegen den Oberstabsarzt sogar. Statt der 2-jährigen Beförderungssperre wurde er zum Stabsarzt degradiert.

Die Münchner Richter stufen ihr Urteil in einer Presseerklärung als eine „für die Zukunftsaufgaben der Bundeswehr bedeutsame Entscheidung“ ein. Die Zukunft, die sie da ausmalen, ist voller Menschenblut, das offenbar wieder für deutsche Wirtschafts- und Großmachtinteressen vergossen werden soll. Die Vertreter solcher deutscher Großmachtspolitik und einer Militarisierung der deutschen Innen- und Außenpolitik sind durch dieses scharfmacherische Urteil erheblich bestärkt worden. (rül)

Quelle: Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 31. Juli 1996 – Az. BVerwG 2 WD 21/96. Pressemitteilung des BVerwG vom 30.8.96

„Kampagne“-Büro durchsucht

Wegen Verdacht auf „Beleidigung“ der Bundeswehr

Das Büro der Berliner Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär ist am 21. August in Anwesenheit des Oberstaatsanwalts Heinke am Landgericht Berlin von mindestens 20 Polizisten in der Zeit von 10.30 bis 14.00 Uhr durchsucht worden.

Grundlage dieser bereits zweiten Durchsuchung sind Anzeigen von Offizieren und Politikern wegen Beleidigung aufgrund eines Kampagnen-Plakats. Dieses Plakat mit der Überschrift „Ja, Morden!“ ist von der Kampagne als satirische Antwort auf eine Anzeigenkampagne der Bundeswehr mit den Slogans „Ja, Dienen!“, „Ja, Tapferkeit!“ entworfen und verbreitet worden.

Die erneute Aktion des politischen Staatsschutzes zielte darauf ab, einen Verantwortlichen für diese Plakate zu finden. Nach erpresserischer Androhung der kompletten Beschlagnahme des gesamten Büroinventars vom PC bis zum Anspitzer hat sich Christian Herz, Mitarbeiter der Kampagne, als inhaltlich Verantwortlicher bekannt. Beschlagnahmt wurden daraufhin alle vorgefundenen Plakate. Auf die Mitnahme weiterer Unterlagen wurde verzichtet.

Die völlig überzogene Durchsuchung aufgrund des vergleichsweise geringen Vorwurfs der Beleidigung ist vor dem Hintergrund zu sehen, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Ausspruch „Soldaten sind Mörder“ zu



revidieren, zum anderen, das aktuelle Programm zur Steigerung der Attraktivität des Wehrdienstes nicht durch fundamentale Kritik stören zu lassen. Im Rahmen der Ehrengeschutzdebatte für Soldaten wird bereits ohne Gesetzesänderung das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und Kunstfreiheit eingeschränkt. Antimilitaristische Kritik wird im Zusammenhang mit Kampfeinsätzen der Bundeswehr „out of area“ einer zunehmenden Strafverfolgung ausgesetzt.

Die Informations- und Beratungsarbeit von Kriegsdienstverweigerungsstellen wird zunehmend kriminalisiert und Ratsuchende sollen abgeschreckt werden. (Presseerklärung der Kampagne, 21.8.)

Freier Fall ist Schutz genug?

Gesamtmittel und der Flächentarifvertrag

Das sog. Sparpaket der Bundesregierung greift auch in das Tarifsysteem als ureigenes Feld der Gewerkschaften ein, Beispiel Lohnfortzahlung bei Krankheit. Es fördert und ermuntert den offenen Tarifbruch. Die rechtswidrige fristlose Kündigung des Baurarifs Ost findet hier politische Rückendeckung. In der größten Branche, der Metallindustrie, schlägt der Arbeitgeberverband Gesamtmittel immer schärfere Töne gegen die Flächentarifverträge an. Die Tariffbewegung 1997 will er als Schicksalsschlacht „um das ganze Tarifsysteem“ führen.

Gesamtmittels „Reformprojekt Flächentarif“

Noch hat Gesamtmittel nicht entschieden, ob die (kündbaren) Tarifverträge über Urlaub und Weihnachtsgeld gekündigt werden sollen. Aber die Marschrichtung ist klar: Lohn- und Gehaltssteigerungen „in Inflationsnähe“ bei gleichzeitiger Kompensation der Kosten durch Abstriche bei Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Lohnfortzahlung bei Krankheit soll nur noch zu 80% gezahlt werden, am besten mit einer Änderung des Manteltarifs, zur Not auch ohne.

Zugleich soll die nächste Tariffbewegung der Einstieg in eine radikale Änderung des Tariffwesens selber sein. Nach den Vorstellungen von Gesamtmittel (genauer des Pro-Tarif-Flügels von Gesamtmittel) sollen nur noch wenige Fragen tarifvertraglich einheitlich und verbindlich geregelt werden: Einkommensgruppen und prozentuale Einkommenserhöhungen; Stundenzahl, auf die sich die Einkommen beziehen; Zuschläge, Urlaubsdauer; Regelungen, wo gesetzliche Gestaltungsmöglichkeiten auszufüllen sind; Einigungsstellen und Schiedsverfahren. Auch diese wenigen Regelungen sollen betrieblich außer Kraft gesetzt werden können, wenn „Arbeitsplätze in Gefahr“ sind. Ein zweiter Teil der Tarifverträge soll unverbindliche Rahmenregelungen, Optionen und Öffnungsklauseln für Betriebsvereinbarungen enthalten. Streik und Aussperrung sollen angesichts der Globalisierung des Wirtschaftens ausgeschlossen werden. (1)

Viele andere Fragen wie Dauer und Verteilung der Arbeitszeit, Urlaubs- und Weihnachtsgeld würden damit betrieblich geregelt werden.

Tariffucht, Tarifbruch ...

Diese Vorstellungen gründen auf der verbreiteten betrieblichen Praxis von Tariffucht, Tarifbruch und Unterlaufen von Tarifen. Über das Ausmaß dieser Entwicklung gibt es keine Übersicht. Die Verwaltungsstellen der IG Metall überschauen in der Regel die tarifgebundenen und von ihnen betreuten Betriebe (die allerdings abnehmen, weil die Verbindung gerade zu Mittel- und Kleinbetrieben immer häufiger abreißt). Die Entwicklung in nicht tarifgebundenen Betrieben dringt meist

nicht nach außen. Selbst bei den formal tarifgebundenen Betrieben können Verwaltungsstellen manchmal kaum noch einen Betrieb nennen, für den die tariflichen Regelungen ohne Einschränkung gelten.

Diese Entwicklung hat ein solches Ausmaß angenommen, daß sich auch die Berichterstattung der IG Metall ändert. Wurde der Bruch von Tarifregelungen lange Zeit nicht berichtet („keine schlafenden Hunde in anderen Betrieben wecken“) oder als exotische Ausnahme einzelner durchgeknallter Unternehmer hingestellt, so wird die massive untertarifliche Praxis inzwischen registriert.

Das Funktionsrätschen direkt berichtet über eine Umfrage unter den Tarifsektoren der IG Metall-Bezirke unter der Überschrift „Flächentarifvertrag – Nur noch ein Schweizer Käse?“ (2) Danach würden zwar in West und Ost die tariflichen Löhne und Gehälter weitgehend eingehalten (bei Abbau der übertariflichen Leistungen). Andere tarifliche Regelungen würden aber „ganz, teilweise oder zeitweise“ ausgehebelt: Arbeitszeit, Überstundenzuschläge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, tarifliche Leistungszulagen. Am Beispiel der Arbeitszeit: „Häufigste Variante: Gefordert wird die unbezahlte Verlängerung der Wochenarbeitszeit – auf bis zu 40 Stunden. Aus Angst um Job und Einkommen entscheiden sich Beschäftigte jetzt häufiger, auf die Bezahlung von mehr geleisteten Stunden zu verzichten.“

Arbeitsgerichte: Rechtsbruch, aber ...

Folgerichtig müssen sich auch Arbeitsgerichte immer häufiger mit Tarifbruch befassen. Die Ergebnisse sind zwiespältig wie unlängst im Fall des Gasthermenherstellers Viessmann. Die Arbeitsgerichte stellen fest, – daß die Unternehmen auch nach dem Austritt aus ihrem Arbeitgeberverband bis zum Ende der Tarifverträge gebunden bleiben und selbst danach noch eine Nachwirkung besteht; – daß der individuelle Verzicht von Beschäftigten auf tarifliche Rechte nach dem Tarifvertragsgesetz nicht zulässig ist;



– daß Betriebsräte nach dem Betriebsverfassungsgesetz keine Betriebsvereinbarungen abschließen dürfen, die Tarifverträge unterlaufen.

Und doch hemmen diese Urteile die tatsächliche Entwicklung kaum. Im Fall



Viessmann bestritt das Gericht der IG Metall einen Anspruch auf Unterlassung der dreistündigen Arbeitszeitlängerung, weil keine anspruchsberechtigten Beschäftigten geklagt hätten. In anderen Fällen finden sich andere formale Gründe, warum die rechtswidrige Praxis nicht oder nicht völlig unterbunden wird.

Künftige Tarife: Was und wie?

Der Kampf um das Tariffwesen kann nicht einfach als Kampf um die bestehenden Tarifverträge geführt werden, weil diese selber reformbedürftig sind: • Manche Tarifverträge, die vor Jahrzehnten entstanden, entsprechen neuen Arbeitsstrukturen wie auch geänderten Bedürfnissen und Wertvorstellungen der Beschäftigten nicht mehr gut.

• Traditionelle tarifpolitische Prinzipien sind tief erschüttert, z.B. die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Vergleicht man gleiche oder gleichartige Arbeiten, die unter ganz verschiedenen Bedingungen geleistet werden (übertariflich, tariflich, untertariflich, bei Leihfirmen, Subunternehmern, unter Bedingungen von Illegalität und Schwarzarbeit), kommt man auf Lohnrelationen für gleichartige Arbeiten von vielleicht 8:1. Das schlägt unweigerlich auf die Tarife zurück.

• Wichtige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, die die betriebliche Realität heute immer stärker prägen, haben im Tariffsysteem überhaupt keine Entsprechung wie geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit, Werkverträge.

• Angesichts der Globalisierung von Märkten und Arbeitsmärkten gibt es kaum internationale Standards, die auf der abschüssigen Bahn bremsen.

Aus Äußerungen des zweiten Vorsitzenden der IG Metall, Walter Riester, kann man schließen, daß innerhalb des Vorstands über die Richtung der künftigen Tarifpolitik kräftig nachgedacht wird.

Auf die Frage nach einer „Reform des Flächentarifvertrags“ erklärte Riester: „Der Flächentarifvertrag muß neue Entwicklungen der Unternehmerorganisation aufgreifen, also auch Antworten auf die Auflösung der Branchengrenzen finden. Er wird an neuere Entwicklungen in der Arbeitsorganisation, etwa bei den Entgeltsystemen, angepaßt werden müssen. Und er sollte dem einzelnen und der Gruppe mehr Gestaltungsmöglichkeiten bei gleichzeitigem kollektiven Schutz bieten. Und nicht zuletzt muß er die 35-Stunden-Woche etwa durch die Umwandlung der Mehrarbeit in Freizeit stabilisieren helfen. Für all das brauchen wir ausdifferenzierte Instrumente: von klaren, festen Regeln über definierte Rahmenvereinbarungen bis zu geregelten Wahlmöglichkeiten.“ (1)

Vieles ist da nur angedeutet. Vor allem ist eine offene gewerkschaftliche und gesellschaftliche Diskussion, was künftige Tarifverträge angesichts der kritischen Entwicklung regeln sollen, noch wenig entwickelt.

Unklar ist auch, wie künftige tarifliche Regelungen durchgesetzt werden sollen. Vielleicht in einer Art Neuaufnahme des Konzepts „Bündnis für Arbeit“? Walter Riester: „Entscheidend ist die Fähigkeit, die andere Seite zu begreifen, den Konsens zu suchen und den Kompromiß zu akzeptieren“. Zwickels „Bündnis für Arbeit“, die Vorstellung von dosiertem Tarifverzicht zugunsten von neuer Beschäftigung, ist so krachend gescheitert, weil das bürgerliche Lager an solcherart Kompromiß nicht interessiert ist. Eine Neuaufnahme als konzertierte „Aktion für Tarif“, Zugeständnisse bei tariflichen Leistungen gegen förmliche Anerkennung des Tariffwesens selber, hätte auch nicht mehr Chancen. Soweit kann die IG Metall gar nicht verzichten, daß der Hunger von Gesamtmittel gestillt würde! (rok)

Quellenhinweise: (1) direkt. Info-Dienst der IG Metall, 14/96; (2) direkt, 15/96.

Mit der Begründung, ehemalige Mitglieder von LPGs bei der Durchsetzung ihrer vermögensrechtlichen Ansprüche gegenüber den Rechtsnachfolgern zu unterstützen, haben die Koalitionsfraktionen kurz vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf zur erneuten Novellierung des Landwirtschafts Anpassungsgesetzes (LAG) eingebracht.

Dieses Gesetz aus dem Jahre 1990 bildet den rechtlichen Rahmen für die Umstrukturierung bzw. Auflösung der alten LPG. Die agrarstrukturelle Anpassung sollte danach eine vielfältig strukturierte Landschaft mit wettbewerbsfähigen Unternehmen zur Folge haben. Sechs Jahre später ist zu konstatieren, daß sich - trotz aller Schwierigkeiten - eine positive Entwicklung der ostdeutschen Landwirtschaft abzuzeichnen beginnt. Tragendes Element sind dabei gerade die juristischen Personen - also die Rechtsnachfolger der LPG.

Mit der Gesetzesnovelle wird nun rundweg der Eindruck erweckt, daß die ehemaligen Mitglieder der LPG bei Abfindungsansprüchen um den „wahren Wert“ gebracht wurden. Tendenziöse Medienberichte über angebliche Machenschaften „Roter Barone“ und über flächendeckende Bilanzfälschungen haben das Ihrige getan. Die Diskussion erhält durch die Novelle eine Brisanz, die von vielen Unternehmen unterschätzt wird. Kern des Gesetzentwurfs ist die Einführung eines gerichtlichen Verfahrens „zur Feststellung des abfindungsrelevanten Eigenkapitals“. Hinter dieser Formulierung verbirgt sich, daß künftig nicht nur mindestens drei ausgeschiedenen oder noch tätigen Mitgliedern des Unternehmens, sondern auch jedem berufsständischen Verband mit mehr als 10 Mitgliedern Klagebefugnis eingeräumt wird.

Klageflut und Kostenlawine drohen

Die Kosten für Gutachten, Rechtsanwältinnen und Gerichtsverfahren liegen dabei in jedem Falle bei den beklagten Unternehmen. Ohne Prophet zu sein, lassen sich bereits jetzt Klageflut und Kostenlawine voraussagen. Das Rechtsinstitut der Verbandklage, das von konservativer Seite z.B. Naturschutzverbänden seit Jahren vorenthalten wird, soll nun gegen landwirtschaftliche Gemeinschaftsunternehmen zur Wirkung kommen. Es werden Begehrlichkeiten geweckt und gleichzeitig wird völlig risikolos der Rechtsweg für mögliche Kläger eröffnet.

Der Vertrauensschutz zwischen abfindungsberechtigtem Mitglied und Unternehmen wäre praktisch per Gesetz



Zu einer „Großveranstaltung“ mit „über 1.000 Verbandsmitgliedern“ mobilisiert der reaktionäre „Deutsche Landbund e.V.“ am 14. September nach Leipzig in das „Congress Center“ auf der Messe. Unter Losungen wie „Für die Rückgabe und den Erhalt des bäuerlichen Eigentums aus der Zwangskollektivierung und Enteignung“ ist als Hauptredner der niedersächsische SPD-Landwirtschaftsminister Funke angekündigt. Da es gegen die „Zwangskollektivierung“ gehen soll und der „Deutsche Landbund“ einer der Betreiber des neuen „Landwirtschafts Anpassungsgesetzes“ ist, kann man getrost folgern, daß im Hintergrund die alten Junker und ihre Erben lauern.

Die LPG-Nachfolger zum Abschluß freigegeben?

Reaktionäre Gesetzesnovelle gefährdet neue Existenzen. Von Lutz Scherling

aufgelöst und alle bisherigen Abreden würden zu Disposition stehen. Eine neuerliche Aufteilung des LPG-Vermögens aus den Kassen der Rechtsnachfolger - und das ist das eigentliche Ziel - hat unweigerlich deren wirtschaftliches Ende zur Folge. Allein die erneute Bilanzprüfung kostet einem mittleren Unternehmen über 100.000 DM Honorar!

Allerdings dürften die anspruchsberechtigten Mitglieder wohl am wenigsten davon profitieren, wenn betriebsnotwendiges Kapital aus dem Unternehmen herausgezogen wird. Mit dem Konkurs oder der weiteren Zersplitterung der Unternehmen gingen nochmals Hunderte Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen verloren und eine zusätzliche Entwertung bäuerlichen Vermögens wäre unvermeidbar.

Die Novelle verändert das LAG in einer Weise, daß es endgültig als einseitiges, gegen Gemeinschaftsunternehmen gerichtetes Regelwerk funktioniert. Die Rechtsnachfolger der LP werden zum Abschluß freigegeben. Die Ungerechtigkeit zeigt sich u.a. darin, daß nur Mit-

glieder (oder Verbände) den Antrag auf Bilanzüberprüfung stellen dürfen. Dem Unternehmen bleibt gleiches verweigert. Auch bei den Ergebnissen solcher Überprüfungen geht der Gesetzentwurf nur von der Möglichkeit aus, daß das Bilanzvermögen wächst. Ein Zeichen dafür, daß die Autoren kaum Sachkenntnis haben können.

Allein der drastische Abbau der Tierbestände, dem die Bonner und Brüsseler Agrarpolitik nie ein ernstzunehmendes Konzept entgegenstellen konnte, hat zu rapiden Wertverlusten bei Stallanlagen und Lagerkapazitäten geführt. Deren Bilanzwert ist längst auf Null gefallen.

Die Nutznießer warten im Hintergrund

Die Novelle richtet sich demnach nicht an den tatsächlichen Problemen der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern aus, sondern ist einzig und allein auf Destabilisierung programmiert. Insbesondere die unweigerlich stattfin-

dende flächendeckende Überprüfung aller Vermögensauseinandersetzungen würde dazu führen, daß Gemeinschaftsunternehmen aus vielen Förderprogrammen fallen und nicht am subventionierten Flächenerwerb teilnehmen könnten. Dieser Zusammenhang und Zeitpunkt der Novelle weisen auf die wirklichen Nutznießer hin. Nachdem die Klagen der sogenannten Alteigentümer gegen die Rechtmäßigkeit der Bodenreform vom Bundesverfassungsgericht erneut abgewiesen wurden, kann nur eine Liquidierung der Gemeinschaftsunternehmen doch noch dazu führen, daß der durch sie bewirtschaftete Boden disponibel wird. Dies ist die politische Motivation des Gesetzentwurfs.

Wer also glaubte, daß nach dem Inkrafttreten der Flächenerwerbsverordnung nun endlich eine gewisse Sicherheit für die Zukunft gemeinschaftlicher Produktionsformen in der Landwirtschaft gegeben sei, sieht sich getäuscht. Die Attacken gehen weiter und die Intention des Landwirtschafts Anpassungsgesetzes wird ad absurdum geführt. Nach dem Willen der Koalition ist in der Landwirtschaft offensichtlich kein Platz für LPG-Nachfolger.

Aus Sicht der PDS muß alles getan werden, um den Gesetzentwurf insgesamt abzulehnen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse in Bonn dürfte das jedoch äußerst kompliziert sein. Deshalb sollten im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungen auf Länderebene breiteste Bündnisse gegen die Novelle gesucht werden. In Mecklenburg-Vorpommern besteht beispielsweise Konsens darüber, daß die Überprüfung der Vermögensauseinandersetzung im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung völlig ausreichend ist. Wenn überhaupt Änderungen am LAG vorgenommen werden müssen, was derzeit nicht geboten erscheint, dann kann das nur unter dem Grundsatz des gegenseitigen Vertrauensschutzes für alle bisherigen Entscheidungen im Rahmen der gültigen Rechtsprechung geschehen.

In der Hauptsache wird es an den Betrieben selbst liegen, ob und mit welcher Härte das Damoklesschwert sie trifft. Größtmögliche Transparenz der Vermögensauseinandersetzungen, ständiger Dialog mit dem Mitgliedern sowie das Einbeziehen in die Entwicklung garantieren wohl am ehesten den Rechtsfrieden. Allerdings ist es auch angebracht, rechtzeitig auf berechnete Forderungen und Unzufriedenheit zu reagieren und faire Kompromisse zu erzielen.

Lutz Scherling ist Mitglied des Parteivorstands der PDS. Sein hier abgedruckter Aufsatz erschien am 22. August auch im „Neuen Deutschland“.

Mit einem einstimmigen Beschluß hat der Ausschuß für Landwirtschaft und Naturschutz des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern gegen das von den Bonner Regierungsparteien vorgelegte „Landwirtschafts Anpassungsgesetz“ protestiert. Hier Auszüge aus der Beschlußempfehlung des Ausschusses für den Landtag und dem Beratungsergebnis.

1. Der Landtag wendet sich in Wahrnehmung seiner politischen Verantwortung mit aller Entschiedenheit gegen den Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landwirtschafts Anpassungsgesetzes (BT-Ds. 13/4950), weil dieser den Erfordernissen der Agrarstrukturentwicklung in Mecklenburg-Vorp. nicht Rechnung trägt und die zwischenzeitlich auf rechtsstaatlicher Basis umstrukturierten Agrarunternehmen in ihrer Existenz gefährdet. (...)

2. Die Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit eine Verlängerung der Verjährungsfrist für Ansprüche aus der Vermögensauseinandersetzung im Interesse berechtigter

Protest gegen das „Junker-Gesetz“ aus Mecklenburg-Vorpommern

Forderungen ehemaliger LPG-Mitglieder bis zu 10 Jahren sachgerecht und sinnvoll ist.

3. Die Landesregierung wird aufgefordert, in dem Fall, daß es sich beim 4. Gesetz zur Änderung des Landwirtschafts Anpassungsgesetzes um kein durch den Bundesrat zustimmungspflichtiges Gesetz handelt, eine Bundesratsinitiative in diesem Sinn zu entwickeln. (...)

Wesentliche Ergebnisse der Beratungen im Ausschuß

Die Fraktion der SPD hat einleitend dargestellt, daß sie den Zweck der Gesetzesänderung in einer „Beseitigung

der LPG-Nachfolgeunternehmen in Form juristischer Personen auf dem juristischen Wege“ sehe. Das schließt eine Destabilisierung der Unternehmen durch ein Wiederaufleben der Vermögensauseinandersetzung wie auch die Verhinderung der Teilnahme am subventionierten Landerwerb nach der Flächenerwerbsverordnung ein.

Die Fraktionen der CDU, SPD und PDS haben diese Einschätzung ein-

stimmig geteilt.

Seitens des Ministeriums für Landwirtschaft und Naturschutz wurde weiter darüber informiert, daß dem Land Mecklenburg-Vorpommern von der Agrarministerkonferenz der neuen Bundesländer die Federführung bei der Erarbeitung eines einheitlichen Standpunktes zum Änderungsgesetz übertragen worden sei. Für den Fall, daß es nicht möglich sei, eine gemeinsame Position zu erreichen, bleibe die Option einer Ablehnung durch das Land bestehen.

Die Fraktion der PDS hat während der Beratungen dargestellt, daß die Bestimmungen des Gesetzes aus ihrer Sicht grundgesetzwidrig sei. Die Fraktionen der SPD und CDU haben diesen Standpunkt weitestgehend mitgetragen. (...)

Quelle: Drucksache 2/1821 (neu) des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern.

USA – Wohlfahrts"reform"

60 Jahre Anrecht auf Sozialhilfe beseitigt

Zweimal hat Präsident Clinton in den letzten Monaten sein Veto gegen Gesetze zur Beseitigung der garantierten minimalen Wohlfahrtsunterstützung – verabschiedet vom republikanisch beherrschten Kongreß – eingelegt. Die dritte Gesetzesversion, vom Kongreß am 24. Juli verabschiedet, hat er am 22. August in einer Zeremonie im Vorarten des Weißen Hauses unterzeichnet. Das Gesetz richtet sich hauptsächlich gegen die Unterstützung alleinstehender Mütter. Genau das war vor 61 Jahren ein Hauptgrund für die Einführung des Gesetzes als ein Teil der New Deal Gesetzgebung unter Präsident Franklin D. Roosevelt: finanzielle Unterstützung für Witwen, um ihnen zu ermöglichen, ihre Kinder aufziehen zu können, ohne zur Arbeit gezwungen zu sein. Die neue Gesetzgebung stellt diesen Zweck auf den Kopf: Sie soll Mütter mit Kleinkindern zur Arbeit zwingen.

Mit seinem Namenszug hat Clinton das 61 Jahre alte Anrecht auf von der Bundesregierung garantierte Sozialleistungen beseitigt und die Verantwortung für die Unterstützung Mittelloser an die Einzelstaaten abgeschoben. Das Gesetz ist versehen mit Richtlinien, die von den Einzelstaaten nicht überschritten, jedoch unterschritten werden können (siehe Kasten). Bis zu 20% der Gelder können auf andere Projekte des Einzelstaates umgelenkt werden. Lediglich 10% davon müssen für andere Sozialleistungen verwendet werden, wie z.B. für mehr Pflegestellen für Kleinkinder, die man den Müttern wegnimmt, bevor man sie zu McDonald schickt, Hamburger grillen. Die Mittel, die der Bund den Einzelstaaten zur Verfügung stellt, werden auf dem derzeitigen Stand eingefroren und werden über die Jahre auch nicht erhöht – unabhängig von Inflation oder Rezession.

55 Milliarden Dollar will der Bund im Verlauf von sechs Jahren einsparen. Fast die Hälfte, 27 Mrd. Dollar Streichung, betrifft Lebensmittelmarken. Sie bleiben in der Verwaltung des Bundes und sind der Teil des Gesetzes, der am 1. Oktober in Kraft treten wird. Pläne, wie die weiteren Verfügungen des Gesetzes zu implementieren sind, müssen von den Einzelstaaten bis zum nächsten Juli eingereicht werden. Z.B. wie sie alleinstehende Mütter mit Kleinkindern zu Billigstlohnarbeit zwingen wollen, wie sie die Rate der illegitimen Geburten zu senken gedenken und die Rate der Heiraten erhöhen wollen, wie hoch, für wie lange und wem sie Unterstützung zahlen wollen usw.

Mit seinem Namenszug hat Clinton wahrscheinlich sich und Newt Gingrich ihre respektiven Jobs in der Politik gesichert. Newt Gingrich ist der erzreaktionäre Sprecher des Repräsentantenhauses und Verkäufer des „Kontrakts mit Amerika“, mit dem angeblich die republikanische Partei sich die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses vor zwei Jahren ergattert hat. (Tatsächlich wußte bis zum Wahltag außer den Erzklerken kaum jemand was von dem sogenannten Kontrakt mit Amerika.) Bob Dole, der Präsidentschaftskandidat der republikanischen Partei, konnte nur lahm kommentieren: Newt Clinton, äh Bill natürlich (Späßchen von uns, nicht von Dole, der ist immer bierernst) Clinton täte alles richtig, es feh-

le nur noch, daß er die Partei wechselt.

Allein mit seiner Ankündigung, er werde das Gesetz unterzeichnen – wenige Tage vor dem republikanischen Parteikongreß – hat Clinton den Republikanern den Wind aus den Segeln genommen. Zugleich hat er sein Wahlversprechen von vor vier Jahren eingelöst: „Wohlfahrt, wie wir sie kennen“, zu beseitigen. Mit der Unterzeichnung des Gesetzes vor seiner eigenen Nominierung hat er die demokratische Partei festgenagelt. Nach dem Fernsehspektakel der republikanischen Partei unter dem Motto Einigkeit und Toleranz – „wir sind ein großes Zelt, und viele Meinungen haben darunter Platz“ – kann sich die demokratische Partei Uneinigkeit oder den Skandal einer kleinen Palastrevolte nicht leisten. Trotzdem blieben die Führer der demokratischen Partei der Unterzeichnung fern.

Mit seinem Namenszug hat Clinton wahrscheinlich auch die Existenz der demokratischen Partei, wie wir sie kennen, beseitigt. Nämlich eine Partei zu sein mit einem Image, wie es die Sozialdemokratische Partei auch einmal hatte: Eintreten für Arbeiterinteressen und Schutz des sogenannten Kleinen Mannes vor den Auswüchsen des kapitalistischen Systems. – Die Spaltung geht fast exakt durch die Mitte: 98 demokratische Hausabgeordnete stimmen für, 98 gegen die Abschaffung des Rechts auf Wohlfahrtsunterstützung und Kürzung der Geldmittel. Im Senat waren es 21 Nein-Stimmen von 46 anwesenden demokratischen Senatoren. Sie konnten nicht verdauen, was ihr Präsident so leicht geschluckt hatte.

Fast alle Mitglieder des Black Caucus im Repräsentantenhaus stimmen mit NEIN, sie vertreten die afro-amerikanische Wählerschaft, eine der treuesten Anhängergruppen der demokratischen Partei. Ebenfalls mit NEIN stimmten Verteidiger von Frauenrechten im Haus



und Vertreter der Wähler mexikanischer Herkunft. Sie repräsentieren nicht gerade kleine Gruppen, die traditionell die demokratische Partei wählen. Auch die beiden Minderheitsführer der demokratischen Partei im Repräsentantenhaus und im Senat lehnten die Gesetzgebung ab. Auf die Nein-Liste setzte sich auch der Vorsitzende der demokratischen Partei, Senator Christopher Dodd, sowie einige weitere prominente Senatoren wie Edward Kennedy von Massachusetts und die beiden Senatoren von Kalifornien, dem Einzelstaat mit der größten Bevölkerung und deshalb wichtig für den Wahlsieg. Außerparlamentarische Kräfte mit Einfluß und Anhänger in der demokratischen Partei haben die Unterzeichnung verurteilt, darunter die Gewerkschaften, Bürgerrechtsgruppen, Children's Advocates und Frauenorganisationen.

Die öffentliche Meinungsmache

Das Wall Street Journal lobt Clinton: Das Gesetz sei die wichtigste sozialpolitische Erfüllung seiner vier Jahre als Präsident. Als besonders wichtig hebt das Journal zwei Punkte hervor: Maßnahmen zur Eindämmung illegaler Geburten und Zwang zur Arbeit. Die Einzelstaaten erhalten Bonus-Gelder, wenn sie die Heiratsrate ihrer „Fälle“ erhöhen. Sie erhalten auch Gelder, um ihre „Fällen“ Enthaltsamkeit zu lehren – jedoch keine Moneten gibt's für Information über moderne Mittel zur Geburtenkontrolle. Zwang zur Arbeit: Hier werden die republikanischen Reformer gelobt (sie waren es schließlich,

die das Gesetz geschrieben haben) – keine Gelder für kostspielige Ausbildungsprogramme, lediglich die nackte Bestimmung, wer nach zwei Jahren keinen Job hat, kriegt keine Unterstützung mehr.

Das Journal spekuliert: „Und für religiöse Gruppen bringt das einen versteckten, besonderen Vorteil: Die Gesetzgebung wird wahrscheinlich für glaubensbasierte Wohltätigkeitsorganisationen den Weg ebnen, mehr Armutsprogramme zu übernehmen.“ Eindeutig ist damit die religiöse Rechte gemeint, die großen organisierten Kirchen sind erstens ausgesprochen gegen das Gesetz, einschließlich der katholischen Kirche, und zweitens sind ihre Mittel jetzt ziemlich erschöpft. Ein Reverend Sheldon von der Traditional Values Coalition (eine evangelisch christliche Vereinigung) habe Tausende von Stunden in den Hallen des Kongresses verbracht, um die Gesetzgebung in die richtige Richtung zu drücken. Er wird vom Wall Street Journal zitiert: Seine Gebete seien erhört worden, und er darf die Bibelstelle zitieren, die uns zu arbeiten befiehlt, und zwar im Schweiß unseres Angesichts.

Andere Zeitungen wie die Washington Post und die New York Times oder auch USA Today sind vorsichtiger mit ihrem Lob und sehen ziemliche Probleme auf die Einzelstaaten zukommen. Sie geben der unbegründeten Hoffnung Ausdruck, daß nichts so heiß gegessen wird, wie es gekocht wird, und widersprechen sich dabei selbst. Die Washington Post schreibt am 28. Juli in einem Artikel „Wisconsin kein Erfolg“, wie das hochgelobte Experiment im Staate Wisconsin wirklich aussieht. Um Stellen zu beschaffen, hat man Leute entlassen und ihre Stellen mit Wohlfahrtsabhängigen besetzt. Vorgeschlagen, aber von der Bundesregierung abgelehnt, war, Wohlfahrtsabhängige unter Minimallohn zur Arbeit zu schicken. Um 40 Stunden Arbeit pro Woche für Mütter mit Kindern zu erzwingen, hat man zweitrangige Kinderkrippen eingerichtet. Ausbildungsprogramme gibt es nicht (fast die Hälfte aller Mütter hat keinen Schulabschluß), und man hat Bestimmungen eliminiert, so daß nunmehr Leute, die aus der Wohlfahrtsunterstützung rausgeworfen wurden, ihren Anspruch nicht mehr verteidigen können. (Das ist nun nach dem neuen Gesetz sowieso rechtens.) Ein Kommentator sagt voraus, daß die Einzelstaaten einen Wettlauf nach unten beginnen werden, d.h. sowenig wie möglich für Sozialhilfe auszugeben – und das neue Gesetz gibt ihnen dazu die Handhabe. Und niemand in der bürgerlichen Presse erhebt besonderen Protest gegen eine der „größten Einsparungen“, die das Gesetz vorsieht, nämlich, daß legale Einwanderer von Wohlfahrtsunterstützung auszuschließen sind. Clinton hat versprochen, eine Gnadenfrist im Kongreß (fat chance) zu erwirken (wer's glaubt, wird selig), und nach fünf Jahren könne ja jeder legale Einwanderer die US-Staatsbürgerschaft erwerben. (her, ger)

Eine Kostprobe der Wohlfahrts„reform“

- Das Gesetz beendet die seit 61 Jahren bestehende Garantie der Unterstützung armer Kinder. Statt dessen werden die Geldmittel für „Hilfe für Familien mit abhängigen Kindern“, das umfangreichste Barmittelunterstützungsprogramm des Bundes, so wie einige kleinere Programme an die Einzelstaaten überwiesen. Diese Mittel können die Einzelstaaten in ihren eigenen Sozialhilfeprogrammen verwenden.
- Das Gesetz kürzt die Mittel um 55 Mrd. Dollar über 6 Jahre, hauptsächlich durch Kürzungen des Lebensmittelmarkenprogramms sowie Streichung der Unterstützung für legale Einwanderer.
- Das Gesetz kürzt die Mittel für Lebensmittelmarken um 27 Mrd. Dollar über 6 Jahre. Es begrenzt Lebensmittelmarken für arbeitsfähige Personen auf lediglich drei Monate innerhalb von drei Jahren und drei Monate länger, wenn sie mindestens halbtags arbeiten. Im Falle von Entlassungen kann eine Person weitere drei Monate Lebensmittelmarken erhalten.
- Das Gesetz begrenzt Wohlfahrtsunterstützung auf insgesamt fünf Jahre über die Lebenszeit einer Person. Einzelstaaten können bis zu 20% ihrer Fälle von dieser Regel ausnehmen in Fällen besonderer Härte, sie können aber auch den Fünfjahresanspruch verkürzen.
- Das Gesetz verlangt, daß nach zwei Jahren Fürsorgeabhängige zu arbeiten haben, und sieht vor, daß spätestens bis zum Jahre 2002 die Hälfte aller alleinerziehenden Eltern 30 Stunden pro Woche zu arbeiten haben. Staaten, die derzeit schon Arbeitsprogramme am Laufen haben, die von der Bundesregierung abgesegnet wurden, können diese für eine gewisse Zeit weiterverfolgen.
- Das Gesetz verbietet die Zahlung fast jeder Unterstützung an künftige legale Einwanderer für 5 Jahre (dann können sie die Staatsbürgerschaft beantragen). Derzeitige legale Einwanderer können weder Arbeitsunfähigkeitsunterstützung noch Lebensmittelmarken in den ersten 5 Jahren ihres Aufenthalts in den USA erhalten. Den Staaten wird erlaubt, weitere Streichungen vorzunehmen. Ausgenommen sind anerkannte Flüchtlinge und legale Einwanderer, die mindestens 10 Jahre in den USA gearbeitet haben.

Beispiellose Solidarität

Frankreichs Innenminister läßt EinwanderInnen ausweisen

Zehntausende Demonstrantinnen und Demonstranten in den Straßen von Paris im Monat August, und das für die Rechte der EinwanderInnen – das hat es in Frankreich noch nicht gegeben. Der gewaltsamen Räumung der Kirche Saint Bernard in Paris am 23. August waren fünf Monate Kampf für die Legalisierung des Aufenthalts von ca. 300 von Abschiebung bedrohten Afrikanerinnen und Afrikanern „ohne Papiere“ vorangegangen. Einige von ihnen leben teilweise seit zehn Jahren illegal in Frankreich.

Ihre Odyssee begann am 18. März mit der Besetzung der Kirche Saint-Ambroise durch 210 AfrikanerInnen, größtenteils Familien mit Kindern; zwei Tage später wurden sie daraus vertrieben, in ein Gymnasium, eine alte Munitionsfabrik, schließlich in Räume der Eisenbahn verbracht. Dort begannen 43 Männer und 13 Frauen einen Hungerstreik. Unterstützungskomitees und bekannte Persönlichkeiten boten sich als Vermittler an. Anfang Juni bildete sich im Raum Paris eine Koordination der Bewegung derer „ohne Papiere“; sie organisierte Mitte Juni eine Demonstration mit zehntausend TeilnehmerInnen, eine Demonstration der afrikanischen Gemeinde folgte Ende Juni. Zu dem Zeitpunkt kündigte die Regierung an, sie werde für 22 Personen den Status legalisieren.

Solidarität

Am 28. Juni zogen einige aus den Räumlichkeiten der Eisenbahn in die Kirche Saint Bernard de la Chapelle um und hielten sie besetzt; zeitgleich begannen andere in der Kirche Saint Hippolyte einen Hungerstreik, dem sich zehn Besetzer in Saint Bernard anschlossen. Den Monat Juli über gab es verschiedentlich Demonstrationen und Kundgebungen; die Bewegung derer „ohne Papiere“ bildete eine landesweite Koordination.

Von August an werden Nacht für Nacht Wachen vor der Kirche organisiert: regelmäßig versammeln sich am Abend zweihundert Menschen vor der Kirche, um 4 Uhr morgens stoßen weitere hundert dazu, nochmal hundert kommen um 5 Uhr mit der ersten Metro. Mitten in der Urlaubszeit erfahren die BesetzerInnen von tausenden Menschen tatkräftige Unterstützung: sozia-

le Initiativen, Gewerkschaften, Linke, vor allem viele Jugendliche, von denen etliche zum ersten Mal politisch aktiv geworden sind. Die breite Unterstützung schlägt sich auch in Meinungsumfragen nieder: 46 Prozent der Befragten zeigen Verständnis für die Kirchenbesetzung.

Die Solidarität ist die stärkste Waffe in diesem Kampf. Mitte August werden die Hungerstreikenden am 39. Tag ihres Streiks mit Gewalt aus der Kirche entfernt und auf verschiedene Krankenhäuser verteilt. Sofort tritt ein Dutzend anderer Freiwilliger an ihre Stelle.

Die sechs bei Air France aktiven Gewerkschaften (CFDT, SNPT, CGT, UGICT, SN-PNC, USPNT) weigern sich, eine Maschine für die Abschiebung der AfrikanerInnen zur Verfügung zu stellen. Mittlerweile fühlen sich alle politischen Milieus Frankreichs von der Auseinandersetzung angesprochen; die Sozialistische Partei unternimmt erfolgreiche Vermittlungsversuche. Die Regierung bleibt hart und verweigert jede Verhandlung.

Gewalt

Am 23. August um 7.30 Uhr stürmen 1.200 schwer bewaffnete Mitglieder der paramilitärischen Bereitschaftspolizei CRS die Kirche Saint Bernard. Die Besetzer hatten Wind von der Sache bekommen und zahlreiche Unterstützer mobilisieren können, darunter Parteivertreter und Kulturschaffende wie Ariane Mnouchkine: mehrere hundert Menschen blockieren die Eingänge zur Kirche. Die Kirchenglocken läuten, um die Bevölkerung zu alarmieren; die CRS knüppelt unterdessen auf die Sitzenden

ein. Drinnen sammeln die Frauen ihre Habseligkeiten ein und setzen sich mit den Kindern auf die Bänke. Der Pfarrer versucht, die Aufmerksamkeit der Gemeinde zu sammeln, und liest mit ruhiger Stimme gegen die Angst an: Martin Luther King, „Ich hatte einen Traum“. Währenddessen hallen im Kirchenschiff die Axtschläge gegen die sieben Eingangstüren wieder. Als die Türen nachgeben, fliegen schon die Tränengasgranaten, das Mikrophon wird herausgerissen, der Pfarrer zum Schweigen gebracht. Die zehn Hunger-

Mit den neuen Ausländergesetzen wurde eine Praxis beendet, die es seit der Französischen Revolution gab: Kinder, die in Frankreich geboren wurden galten bis dato als Franzosen; die Eltern solcher Kinder konnten ebenfalls nicht ausgewiesen werden. Nach dem neuen Gesetz müssen sie erst 16 Jahre im Land gelebt haben und die Staatsbürgerschaft extra beantragen. Das ist also in Frankreich damit abgeschafft.

Die neuen Gesetze behindern zudem in jeder denkbaren Form die Zusammenführung von Einwandererfamilien



Eine der zahlreichen Protestdemonstrationen zur Unterstützung der Hungerstreikenden

streikenden sind umringt von Unterstützern; nacheinander werden sie von der Polizei abtransportiert, draußen steht schon die Feuerwehr mit Bahren für sie bereit. Der Rest der Polizei ist währenddessen damit beschäftigt, Schwarze und Weiße, Ledige und Verheiratete voneinander zu trennen, bevor sie sie abtransportiert. Vor der Kirche haben sich einige hundert DemonstrantInnen versammelt, die auf die CRS einschreien. Über zehntausend folgen einer Spontandemonstration; am 28.8. folgt eine weitere, um ein mehrfaches größere.

Frankreichs neue Ausländergesetze

Für den 4. September ist eine landesweite Demonstration gegen die 1993 unter der Federführung von Innenminister Charles Pasqua – einem rechtsradikalen Gaullisten – erlassenen Ausländergesetze geplant.

Die Gesetze, die eine seit langem von der extremen Rechten erhobene Forderung befriedigen, verfolgen das Ziel, „illegal“ in Frankreich Lebende nicht mehr zu dulden, sondern auszuweisen und die Einwanderung „auf Null“ zu bringen.

Von einem Tag auf den anderen ist für Millionen Menschen, die sich seit Jahren in Frankreich aufhalten und dort arbeiten, der Aufenthalt zu einem Roulette-Spiel geworden. Die neuen Gesetze erklären Menschen zu „Illegalen“, die seit ihrer Kindheit in Frankreich leben; Eltern, deren Kinder nach dem 1. Januar 1994 geboren sind und deshalb als „Ausländer“ gelten, können plötzlich ausgewiesen werden. Aber auch Familien mit Kindern, die vor diesem Datum geboren sind, haben große Mühe, ein Aufenthaltsrecht zugesprochen zu bekommen.

(über eine diskriminierende Zuteilung von Wohnungen, Sozialhilfe etc.). Es gibt derzeit mehrere zehntausend Jugendliche, die auf eigene Faust, getrennt von ihren Familien nach Frankreich gekommen sind, und die derzeit keine andere Perspektive haben als die der Untergrundexistenz.

1986 hat die Rechte schon einmal einen Vorstoß in diese Richtung unternommen; damals scheiterte er an der breiten antirassistischen Bewegung aus der SOS Racisme hervorging.

Weil gleichzeitig das Asylrecht des Kriterien des Schengener Abkommens angepaßt wurde, tendiert seit Anfang 1994 die Zahl der in Frankreich anerkannten Flüchtlinge gegen Null: über 85 Prozent Asylanträge sind abgelehnt worden; die Hürden, einen solchen Antrag überhaupt stellen zu können, wachsen stetig.

Die Demonstration am 4.9. wird deshalb unter der Losung stehen: „Abschaffung der Gesetze Pasqua!“

Es ist leicht zu erkennen, daß die Regierung, die im letzten Dezember eine Niederlage erlitten hat und erneut mit Ankündigungen eines heißen Herbstes konfrontiert ist (die Lehrgewerkschaften haben aus Protest gegen den geplanten Abbau von 2300 Stellen bereits einen Streik beschlossen; im öffentlichen Dienst und in der Privatindustrie rechnet man ebenfalls mit Protesten), versucht, die Front zu spalten und zu schwächen, indem sie zunächst den Wehrlosesten eine Niederlage zufügt. Die breite Solidaritätsfront, die sich gebildet hat, läßt jedoch hoffen, daß andere Bereiche der sozialen Bewegung verstanden haben, daß dieser Angriff auch ihnen gilt.

Angela Klein (Nachdruck aus der *Solidarität* mit freundlicher Genehmigung der Redaktion)

Großbritannien: Postarbeiter gegen Ausverkauf der Post

Die britische Königliche Post versucht seit ein paar Jahren, die Rationalisierung entschieden voranzubringen und Produktivität und Gewinne deutlich zu heben. So wurde die Post in verschiedene Bereiche zerteilt wie Schalter-, Paket- und Briefdienst und für die Privatisierung aufgerüstet. Unmittelbarste Folge des Rationalisierungskonzepts war der Verkauf der Postbank und die Schließung von Postbüros und ihre Ersetzung durch Postschalter in Supermärkten.

Teil der Rationalisierung ist die Einführung eines besonderen Konzepts von „Teamarbeit“ – „Employee Agenda“, wie sie in der Industrie bereits eingeführt ist. Ziel dabei ist, die Beschäftigten in gegeneinander konkurrierende Gruppen zu zerlegen, die wetteifern, die Produktivität auf höchstem Niveau zu steigern. Außerdem sollen die Beschäftigten auf die Ideo-

logie festgelegt werden, sich zum Besten „ihrer“ Firmen zu verausgaben. Das ist die Vorstellung, doch in der Realität der Königlichen Post nimmt sie sich wie ein schlechter Scherz aus. Die Mehrheit der Postarbeiter arbeitet sechs Tage die Woche, im Schichtdienst und bringt weniger als 200 Pfund nach Hause. Die „Employee Agenda“ beseitigt die geregelten Arbeitszeiten, will die Angestellten zwingen, nach Schichtende 15 Minuten umsonst zu arbeiten, wenn noch Post zu sortieren ist; außerdem sollen die Zuschläge für Nacharbeit beseitigen u.ä.m. Bei einer Abstimmung votierten zwei Drittel der gewerkschaftlich Organisierten für Kampfaktionen. Daraufhin führte die Postgewerkschaft CWU in den letzten Wochen mehrere Ein-Tages-Streiks durch. Ihre Forderung ist die 35-Stunden-Woche bei fünf Arbeitstagen.

(Bericht nach der Zeitung „Fight Racism! Fight Imperialism!“ – see)

Zwischen Konformität und Militanz Südkoreas Studenten im Spagat

Längst sind sie zum Ritual geworden – die massiven, mit Verbissenheit gesuchten und gefundenen, schließlich doch verlorenen Straßenschlachten südkoreanischer Studentinnen und Studenten gegen eine martialisch auftrumpfende staatliche Ordnungsmacht. Zelebriert wird dieses Ritual stets dann, wenn der Anlaß entsprechend ist. Und den liefert jeweils der 15. August, ein Datum, das gleichermaßen für Befreiung und Befriedung steht.

In diesem Jahr eskalierten die studentischen Proteste zu verbissenen Straßenschlachten mit eigens in Aufrührbekämpfung gedrillten Polizisten und anschließenden Verfolgungsjagden. Allein auf dem Campus der renommierten Yonsei-Universität hielten sich tagelang Studentinnen und Studenten verbarrikadiert, trotzten vehement der Staatsmacht und kesselten mehrfach Polizisten ein und verbarrikadierten ihnen auch schon mal eine Tracht Prügel. Nicht minder drakonisch die Bilder in der Nähe Panmunjoms, dem Grenzort zum nördlichen Nachbarn, wo beiderseits der Demarkationslinie schrille Schlachtrufe für die Wiedervereinigung erschallten.

Am 15. August 1945 endete die seit 1910 währende japanische Kolonialherrschaft, ohne freilich Korea die langsehnte Unabhängigkeit zu beschern. Statt dessen besetzten US-amerikanische Truppen den südlichen und sowjetische Militärs den nördlichen Teil der Halbinsel, die alsbald entlang des 38. Breitengrads infolge des einsetzenden Kalten Krieges geteilt wurde. Am 15. August 1948 wurde die Republik Korea (Südkorea) und einen Monat später die Demokratische Volksrepublik

Korea (Nordkorea) aus der Taufe gehoben. Deren Regime in Seoul und Pjöngjang standen sich fortan nicht nur feindselig gegenüber. Überdies zerfleischten sie sich in einem – mehrmals die Frontverläufe wechselnden – verlustreichen Bruderkrieg (1950–53). Dabei waren fatalerweise hegemoniale Interessen der Großmächte im Spiel. Korea lieferte den Vorgeschmack auf das, was sich wenig später in Vietnam, Laos und Kambodscha wiederholen sollte.

Die Militanz der aktuellen Studentenproteste spiegelt ein Paradox im gesellschaftlichen Leben Südkoreas und speist sich aus mehreren Quellen: Das makroökonomisch so überaus erfolgreiche Land durchlebt die Phase eines tiefgreifenden sozialen und politischen Umbruchs. Die Grundlagen der Erfolgsstory bildeten über die repressive Militärherrschaft hinaus strikte Hierarchien, klare Subordinationsmuster und möglichst dissensfreies Sicheinfügen in das Gemeinwesen gemäß (neo)konfuzianischer Tradition. Selbst das Innenleben der hochpolitisierten Studentenschaft wird in Habitus und Duktus geprägt von Ehrerbietung gegenüber älteren Kommilitonen und modischsten Anzügen inkl. Krawatten der Führungsschicht. In den meisten Fällen schafften denn auch deren TrägerInnen einen geschmeidigen Übergang in die lukrative Welt des Big Business.

Das hohe Bildungsideal des Konfuzianismus kontrastiert zunehmend mit den Lehr- und Forschungsinhalten moderner Wissenschaft, ohne die dem „Land der Morgenstille“ der Anschluß an die Moderne nicht geglückt wäre. Inmitten dieses Zwiespalts agiert eine

akademische Elite, die die von der Regierung lauthals propagierten Begriffe „Globalisierung, Marktwirtschaft und Liberalisierung“ als Worthülsen und das seit 1948 existierende, wenngleich mehrfach modifizierte Nationale Sicherheitsgesetz (NSL) sowie die andauernde, von außen oktroyierte Teilung des Landes als unannehmbar Relikte des Kalten Krieges betrachtet.

Überdies bestimmen hitzig geführte Dispute innerhalb der radikalen Studentenschaft – vor allem der Hanchongryon – kontroverse Einschätzungen und Analysen des eigenen Regimes. Unabhängig davon, ob dieses nun als „Neokolonie des US-Imperialismus“ oder als „semi-eigenständiger Monopolkapitalismus“ klassifiziert wird, gilt Nordkorea, obgleich maßlos idealisiert, als gemeinsamer positiver Bezugspunkt. Seoul indes beharrt – notfalls mit brachialer Gewalt – auf seinem Machtmonopol, erst recht was die Gestaltung und das Tempo des Wiedervereinigungsprozesses betrifft.

In diesem zentralen Punkt hat Seoul seit Sommer 1991 eine markante Kehrtwende vollzogen. Galt bis dahin das „deutsche Modell“ mit einer Mischung aus Bewunderung und Neid als Vorbild für den eigenen Vereinigungsprozeß, wird seitdem im Umgang vis-à-vis dem ökonomisch gebeutelten, zudem von Dürre und Überschwemmungen heimgesuchten Bruder im Norden tunlichst jedwede Destabilisierung vermieden. Nach Westdeutschland ausgereiste Wirtschafts- und Finanzexperten südkoreanischer Denkfabriken haben nämlich ausgerechnet, daß eine Implosion Nordkoreas und/oder dessen im Zeitraffer praktizierte Vereinnahmung binnen eines Jahrzehnts mindestens

200 Milliarden, schlimmstenfalls gar eine Billion US-Dollar kosten. Die städtischen Mittelschichten, darauf erpicht, ihren Wohlstand zu wahren, schrecken vor einer solchen Wiedervereinigungspolitik zurück. Kim weiß das nur zu gut und setzt deshalb auf eine Politik des „Play it cool, Sam“ – sehr zum Ärger der Studentinnen und Studenten.

Trotz wachsenden Vertrauensschwunds der Regierung Kim und des seit den spektakulären Gerichtsurteilen vom 26. August ramponierten Ansehens staatlicher Instanzen (da Ex-Präsident Roh sowie Generäle und Topmanager zu hohen Haft- und Geldstrafen verurteilt wurden bzw. Ex-Präsident Chun gar zum Tode verurteilt wurde) läßt sich im Gegensatz zu den im Sommer 1987 noch machtvollen Großkundgebungen für Demokratie eine landesweite Protestbewegung, deren Träger mehr als nur die radikale Studentenschaft umfaßten, heute kaum initiieren.

Die metropolitane Mittelschicht setzt auf Ruhe und Ordnung, und die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hat drängendere Sorgen als die Wiedervereinigung. Sie ist damit befaßt, die Auswüchse der Globalisierung – Industrieauslagerungen und Kapitalabflüsse in die Anrainerstaaten, wie die VR China, Thailand und Indonesien, drohende Lohnsenkungen und Verluste von Arbeitsplätzen – abzuwehren. Der Schlachtruf nach Wiedervereinigung markiert in diesem Sinne beides: die relative politische Irrelevanz der radikalen Studentenschaft und die sich daraus immer wieder nährend Militanz.

Rainer Werning (aus: SoZ)

NACHRICHTEN AUS KURDISTAN

ARGK greift Kriegsverbrecher in Hakkari an

Nach acht Monaten einseitiger Waffenruhe hat die ARGK (kurdische Volksbefreiungsarmee) wieder militärische Ziele angegriffen.

Der PKK-Vorsitzende Öcalan hatte im August angekündigt, daß er der türkischen Regierung „eine letzte Chance für den Waffenstillstand“ gebe, sonst werde die kurdische Guerilla angreifen, wieder ausgewählte Ziele anzugreifen und so den Weg für einen wirklichen Dialog freizumachen. Seit dem 15. Dezember 1995 hatte die PKK und ihre Guerilla ihren einseitigen Waffenstillstand trotz anhaltender Operationen der türkischen Armee eingehalten. Alle Bemühungen, einen Dialog für den Friedensprozeß in Kurdistan in Gang zu bringen scheiterten an der türkischen Regierung. Auch Entschließungen des Europäischen Parlaments vom Januar und Juni dieses Jahres brachten die entscheidenden Westmächte BRD und USA nicht dazu, auf das türkische Regime Druck für Verhandlungsbereitschaft auszuüben. Vielmehr unterstützten diese das Regime mit neuen Waffenlieferungen, was einer Ermunterung des türkischen Militärs zur Fortsetzung der Völkermordoperationen in Kurdistan gleichkommt.

Öcalan forderte am 15. August letztmalig auf, „daß irgend jemand in dieser Angelegenheit vermittelt“. Dies war nicht der Fall. Vielmehr legte die türkische Regierung Gesetze vor, die das

Kriegsrecht in Kurdistan verschärfen.

Das erste ausgewählte Ziel für einen Angriff der ARGK war die Hakkari-Brigade, eine Spezialeinheit. Diese Brigade hat grausame Kriegsverbrechen verübt. Im Januar 1996 gingen die Bilder der Zeitung *Özgür Politika* um die Welt: Die Fotos zeigten Angehörige der Hakkari-Brigade, die mit grausam verstümmelten Leichen und abgeschnittenen Köpfen in der Hand vor der Kamera posierten. Das Kommando der Hakkari-Brigade, deren Sitz drei Kilometer westlich vom Zentrum der Stadt Hakkari liegt, wurde am 24. August gegen 23.30 Uhr von Einheiten der ARGK mit Raketen und Mörsern angegriffen. Bei dem Angriff wurden 23 Angehörige der Spezialeinheit getötet und 50 verletzt. Die Guerillaeinheiten konnten sich ohne Verluste zurückziehen. Nach dem Angriff riegelte die Armee die Gegend um Hakkari ab. Militäreinheiten durchkämmten das nahe gelegene Dorf Xenanis (Otlucu) und nahmen alle 150 Dorfbewohner fest.

Wenige Tage später griff die ARGK in Semdinli (Provinz Hakkari) ein türkisches Bataillon an. Bei diesem Gefecht wurden neun Soldaten getötet. Sechs Militärtransporter, die Proviant für das Militär transportierten, wurden bei Helene abgebrannt. Die Polizeistation von Yüceli (Hozat) wurde ebenfalls angegriffen. Dabei wurde ein Soldat getötet.

Die PKK hat verschärfte Angriffe sowie Aktionen in den Städten angekündigt für den Fall, das neuerlich keine

Reaktion auf ihr Dialogangebot erfolgt. (rub)

Türkisches Regime verhängt neues Kriegsrecht

Unter dem Beifall der Nato-Bündnispartner hatte der türkische Ministerpräsident zum Amtsantritt in seiner Regierungserklärung die Aufhebung des seit 1987 andauernden Ausnahmezustandes in den kurdischen Provinzen der Türkei angekündigt. Dies war auch eine Forderung des Europäischen Parlaments für die Zustimmung zum Beitritt der Türkei zur Zollunion gewesen.

Nun ist es soweit: Das türkische Parlament ersetzte die Gesetze des Ausnahmezustandes durch Regelungen, die den Ausnahmezustand durch ein neues Kriegsrecht ersetzen und diesen sogar auf alle Teile der Türkei ausdehnen.

Die Ausnahmezustandsgesetze von 1987 hatten die Presse- und Versammlungsfreiheit sowie Grundrechte eingeschränkt. Die Europäische Menschenrechtskonvention war aufgehoben worden. Polizei und Militär hatten erweiterte Befugnisse und unterstanden dem sog. Supergouverneur, der in Diyarbakir residierte. Des „Terrorismus“ Verdächtige konnten bis zu 30 Tagen ohne Anwalts- und Angehörigenkontakt festgehalten werden. Folterer und Totschützen wurden durch die Regelungen gedeckt.

Die neuen Gesetze erweitern erheblich die Machtbefugnisse der Provinz-

gouverneure. Erfordert es die „Sicherheitslage“, können sie selbständig Militäreinsätze anordnen. Eine Information oder gar Entscheidung der türkischen Regierungsstellen ist zukünftig nicht mehr erforderlich. Die Durchführung der Armeoperationen und deren Umfang liegt nun einzig beim Generalstab. Mörderbanden und „unbekannte Täter“ werden per Gesetz legalisiert: Künftig können die Sicherheitskräfte „gezielt und ohne Verzug“ auf Menschen schießen. Die Zensur der Medien geht völlig auf den Generalstab über, wobei explizit „elektronische Medien“ eingeschlossen wurden. Darmit soll neben Kritikäußerungen im türkischen Fernsehen verstärkt Jagd Zuschauer des kurdischen Fernsehsenders MED-TV und Hörer des kurdischen Rundfunksenders Denge Kurdistane gemacht werden. Durch die neuen Gesetze ist quasi das Kriegsrecht der Militärputschisten vom September 1980 wieder in Kraft gesetzt worden. Zur Sicherung ihrer Macht hat die herrschende Feudal- und Militärclique im Nationalen Sicherheitsrat die Anwendung der neuen Gesetze auf die gesamte Türkei ausgedehnt, d.h. auf alle 79 Provinzen.

Eine Reaktion auf die Gesetzesvorlagen und deren Verabschiedung von beispielsweise der Bundesregierung war nicht zu hören. Diese empfängt vielmehr die türkische Außenministerin Tansu Ciller am 12. September 1996 – dem 16. Jahrestag des türkischen Militärputsches von 1980. (rub)

NS-Fahndungsstellen wurden von Nazi-Juristen geleitet

Dortmunder Staatsanwälte ließen die Akte Priebke verschwinden

Die Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen in Dortmund hat die Ermittlungen gegen den früheren SS-Hauptsturmführer Erich Priebke so geführt, daß er sich stets in Sicherheit fühlen konnte. Noch unter Leitung von ehemaligen NS-Juristen stehend, ließ sie 1971 Priebkes Akten, die den SS-Mann als Mörder auswiesen, in einem Kellerarchiv unbearbeitet verschwinden.

„Verheerende Pannen“ nennt das nun der die Oberaufsicht über die Zentralstelle führende Oberstaatsanwalt Hermann Weissing von der Generalstaatsanwaltschaft Hamm. Doch Weissing war seinerzeit selbst bei der Staatsanwaltschaft Dortmund tätig – und unternahm nichts gegen die Nazi-Juristen. Dem heutigen Leiter der Zentralstelle, Oberstaatsanwalt Klaus Schacht, waren vor zwei Jahren, u.a. in einer Großen Landtagsanfrage der Grünen, wegen Verschleppung von Ermittlungen gegen einen Nazimörder schwere Vorwürfe gemacht worden, doch noch immer ist kein Prozeß gegen den Killer von Theresienstadt, Anton Malloth, in Sicht.

Aus ersten Kommentaren Schachts und Weissings zu den neuen Vorwürfen ergibt sich folgendes Bild: Der Dortmunder Zentralstelle haben in den Jahren 1963 bis 1971 bei den Ermittlungen gegen Priebke italienische Justizdokumente vorgelegen, darunter das 1948er Urteil gegen Priebkes Vorgesetzten Herbert Kappler, der wegen Mordes an 335 Geiseln in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom zum Tode verurteilt worden war, später lediglich inhaftiert wurde und dann geflohen war. Diese Dokumente hätten, so Weissing heute,

den Vorwurf des Mordes gegen Priebke gerechtfertigt. Das Kappler-Urteil sei aber in Dortmund nicht ausgewertet, sondern unübersetzt abgelegt worden. Priebkes Tat wurde von der Zentralstelle 1971 „nur“ als Totschlag und damit als verjährt angesehen. Wegen Verjährung wurde Priebke, der sich jahrelang in Argentinien versteckte, aber auch mehrfach deutschen Boden betrat, kürzlich in Rom freigesprochen, was zu heftigen Protesten und zur Forderung nach einem erneuten Verfahren in Italien führte. Auch Bonn beantragte die Auslieferung – und zwar ausgerechnet nach Dortmund, wo Priebkes Akten schlummerten.

Über die Zeit, die Priebke von der bundesdeutschen Justiz geschont wurde, heißt es in einer Antwort des Landesjustizministeriums von Nordrhein-Westfalen an den Landtag vom Juni 1995: Es sei bis in die 70er Jahre hinein ein Leiter der Staatsanwaltschaft Dortmund tätig gewesen, der „der SA seit 1933, davon seit 1938 als Rottenführer und dem NS-Rechtswahrerbund ebenfalls seit 1933 angehörte.“ Der zuständige Generalstaatsanwalt von 1964 bis 1973 war „Mitglied der NSDAP seit 1935, der SA und des NS-Studentenbundes jeweils seit 1931 und des NSRB seit 1933“ gewesen. Acht der Staatsanwälte der Zentralstelle haben früher NS-Funktionen gehabt.

Die heutigen Verantwortlichen in der Staatsanwaltschaft Dortmund verweisen darauf, „daß keiner von uns 1971 bereits im Amt war.“ Doch von der Akte Priebke im Keller sollen einige gewußt haben, ohne eine Fahndung auszulösen. An den Fall Priebke sind sie dann



Antirassistische Aktionstage

Hamburg. „Was ist denn das hier? Ist das angemeldet?“ Der Flughafensheriff stutzte, akzeptierte jedoch unser „Sicher, Senatsempfang – Wissen SIE nicht Bescheid...?“ und trollte sich. Als er nach drei weiteren Minuten stocksauer wieder auf uns stürzen wollte, war's zu spät: „Lebenslaute“, rund 45 klassisch orientierte MusikerInnen, aktionserfahren, standen mitten im Terminal 4 des Hamburger Flughafens, in der Abflugebene, blitzschnell umgestaltet mit entsprechenden Transparenten: „Abschiebung – Beihilfe zum Mord!“, „Für das Menschenrecht auf Asyl“, „Offene Grenzen für Flüchtlinge – nicht für Rüstungsexporte!“ und „Menschenrechte? Ja, gerade abgeschoben – Ihr

Bundesgrenzschutz“. Das Konzert begann ...

Montag, 12. August, erster von mehreren Aktionstagen mit insgesamt 60 Interessierten aus allen Ecken dieser Republik. Das klassische Konzert gegen Abschiebungen am Flughafen war der Auftakt, ein antirassistischer Stadtrundgang, viele Infos und weitere Aktionen (am Donnerstag, 15. August) vor der Ausländerbehörde, im Innenhof der Justizbehörde und vor dem Knast Holstengla- cis sowie der Besuch des Sonntagsspaziergangs der Glasmoor AG zeigten den antirassistischen BesucherInnen dieser Stadt, was Hochglanzbroschüren der Tourismusinformatik verschweigen: Rassistische Strukturen – oder: Die Pfeffersäcke haben noch immer nicht akzeptiert, daß ein „Tor zur Welt“ immer zwei Seiten hat! Die BesucherInnen versprochen: Wir kommen wieder und werden dran rütteln!

aus Lokalberichte Hamburg, Bild: Marilyn Stroux

zwangsläufig erst wieder geraten, als der SS-Mann in Argentinien entdeckt wurde und der Bundesgerichtshof beschloß, das Landgericht Dortmund für den Fall zuständig zu erklären. Das war im Sommer 1994. Es wurden die alten Akten wieder aus dem Keller geholt und ins Deutsche übersetzt. Nun erst, nachdem 25 Jahre nichts unternommen wurde, um Priebke zu fassen, entschloß sich die Dortmunder Staatsanwaltschaft, wegen Mordes ein Verfahren gegen Priebke einzuleiten.

In dem Bericht von 1995 des NRW-Justizministeriums an den Landtag wird

eingestanden, daß die beiden in NRW existierenden „Zentralstellen“ in Dortmund und Köln bis in die 70er Jahre hinein von früheren Nazis geleitet wurden. Von den drei leitenden Oberstaatsanwälten in Dortmund zwischen 1947 und 1973 hatte einer der Hitlerpartei bereits vor 1933 angehört, die anderen waren 1933 bzw. 1934 eingetreten. Alle waren im NS-Rechtswahrerbund tätig, zwei hatten zudem Funktionen in der NS-Schlägertruppe SA.

Ulrich Sander, Pressesprecher VVN-BdA NRW



Hamburg. Rund 250 Menschen demonstrierten am 1. September in Hamburg vom Eingang der Messe „Du und Deino Wolf“, auf der auch die Bundeswehr mit einem Stand vertreten war, zum berühmten Kriegerklotz. Einer der Schwerpunkte der Anti-Kriegs-Demonstration war die klare Absage an alle Pläne, Frauen für die Bundeswehr zu rekrutieren. Dagogen wandte sich u.a. die Vizepräsidentin von Pax Christi, Gisela Wiese, in ihrer Auftaktrede: „Da sitzt eine erfahrene Journalistin im Studio, die ich einst schätzte, weil sie eine nachdenkliche Frau schien, die selbständig denken konnte. Heute spricht sie davon, daß wir Frauen den Männern nicht die Kriege allein überlassen dürfen. Welch tödlicher Ehrgeiz in einer Wolf grausamer Krieger. Wer die deutsche Vergangenheit kennt, weiß, daß Frauen auch zu Täterinnen wurden, die fraglos Befehle ausführten und der eigenen Brutalität nicht widerstanden.“

scd, Bild: ros

Keine Ehrung eines NS Sozialpolitikers

Frankfurt. Am 5. September wird im Rudolf-Prestel-Haus des Frankfurter Verbandes für Alten- und Behindertenhilfe, Alt-Fraunheim 48, eine Podiumsdiskussion (Beginn 18 Uhr) stattfinden, die sich mit dem nationalsozialistischen Sozialpolitiker und späteren Sozialdezernenten Frankfurts (1946 bis 1966) und CDU-Politiker Dr. Rudolf Prestel befaßt. Mit dieser Veranstaltung ist Stadtrat Vandredke allerdings den Forderungen der GRÜNEN IM RÖMER und des Betriebsrats des Alten- und Pflegeheims, das den Namen Prestels trägt, nur zum Teil nachgekommen.

Sie verlangen eine Namensänderung, da der als Jurist im städtischen Fürsorge-, Jugend- und Gesundheitsamt bis 1945 tätige Prestel auch noch als späterer Sozialdezernent die rassistischen „Zigeunerforscher“ Ritter und Justiz mindestens begünstigt habe. Beide hatten durch ihre „Forschung“ an der Ermordung von Sinti und Roma durch die Nazis einen maßgeblichen Anteil. Nach 1945 waren sie im städtischen Gesundheitsamt beschäftigt.

Das Podium wird u.a. besetzt sein mit dem Leiter des Instituts für Stadtge-

schichte, Dieter Rebertisch, einem Mitarbeiter des Hessischen Staatsarchivs und dem CDU-Stadtverordneten Dr. Magen. Nachdem Rebertisch bereits im Vorfeld Prestel als „einen nachrangigen Beamten bezeichnete, der sich nicht recht gegen die Zeitläufe stellte“ (FAZ 25.7.), steht zu befürchten, daß am 8.9. vor allem „Nestbeschmutzung“ verhindert werden soll.

RWE lockt und droht für Verlängerung der Stromverträge

Am 30.5.2004 läuft der 1984 erneuerte Stromversorgungsvertrag des RWE mit der Stadt Essen aus. Zu diesem Zeitpunkt könnte die Stadt Essen die Stromversorgung wieder in die eigene Hand nehmen. Daß es solche Überlegungen auch in der Stadtverwaltung gibt, dürfte der Grund dafür sein, daß das RWE hinter den Kulissen schon jetzt auf eine Vertragsverlängerung bis zum Jahre 2014 drängt. Als „Bonbon“ will der Energiegigant von 1997 bis zum Jahre 2009 jährlich 5 Mio. DM für Energieprojekte in Essen locker machen, insgesamt also 65 Mio. DM.

Gleichzeitig verweist der Konzern auf seine Gewerbesteuerzahlungen, ver-

Protest gegen Alfred Dregger

150 Gegendemonstranten bei Ostpreußentreffen

Göttingen. Am 1. September fand ein Treffen der Landsmannschaft Ostpreußen statt, auf dem Alfred Dregger sprach. Ca. 150 Gegendemonstranten protestierten gegen diese offene Provokation der Revanchistenorganisation.

Unter ihnen auch die Landtagsabgeordnete Heidi Lippmann-Kasten von Bündnis 90/Die Grünen. Sie wurde während der Veranstaltung von der Polizei brutal überfallen. Eine weitere Frau wurde ebenfalls am Kopf verletzt. Die Hannoverische Allgemeine berichtet: „Dabei sei sie von einem Beamten von hinten mit dem Knüppel auf den Kopf geschlagen worden. Ein Zeuge sagte, der Schlag habe eine so große Wucht gehabt, daß der Knüppel dabei zersplitterte. Der Zeuge stellte die Reste des Schlagstocks sicher.“ Lippmann Kasten kündigte Stadtanzeige an.

Auf der Kundgebung sprach auch ein Vertreter der Naturfreundejugend Göttingen. Die Naturfreundejugend überließen uns kurzfristig ihren Redebeitrag, aus dem wir hier zitieren: jöd

Heute jährt sich der Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen zum 57. Mal. An diesem Tag der Soldaten der verbrecherischen Wehrmacht zu gedenken, ist eine dreiste Provokation. Unsere Gegenveranstaltung ist insbesondere deswegen notwendig, weil die Rentner/innen der Landsmannschaft Ostpreußen keinesfalls die einzigen sind, die weiterhin großdeutsche Wahnvorstellungen propagieren.

Doch nach der Annexion der DDR kehrt der deutsche Imperialismus zu seiner alten Großmachtpolitik zurück. Bundeskanzler Kohl verkündet stolz: „Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen. Es kann sich zukünftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten.“ Auch wenn Deutschland momentan die Beherrschung Europas mit wirtschaftlichen Mitteln anstrebt, bleibt die revanchistische und militärische Variante weiter in der Hinterhand. Kohls Strategie, Wolfgang Schäuble, redet schon jetzt von Mitteleuropa, wenn er die ehemalige DDR meint und droht den osteu-

ropäischen Nachbarn: „Über Königsberg, Ost- und Westpreußen, über Pommern, Nieder- und Oberschlesien ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.“ In der FAZ vom 27.2.96 kündigt der offen an, daß „ein Rückfall in alte Auseinandersetzungen nicht ausgeschlossen sei.“ und „Die dreißiger Jahre seien nicht so weit entfernt, wie mancher denke.“ Der Hebel der revanchistischen Außenpolitik ist die völkische Staatsbürgerdefinition, die im Grundgesetz Artikel 116 verankert ist. Danach sind alle Deutsche, die angeblich deutsches Blut in ihren Adern haben und in den Grenzen des 3. Reiches leben. Mit dieser Politik sollen die osteuropäischen Nationalstaaten unterwandert und gespalten werden.

So verteilte die Bundesregierung im letzten Jahr allein in Polen über 100000 deutsche Pässe und ließ die eigentlich polnischen Staatsbürger an den Bundestagswahlen teilnehmen. Um diese Menschen zu binden, finanziert die Bundesregierung den „Verein für das Deutschtum im Ausland“. Dieser Verein, der schon im 2. Weltkrieg die rassistische Selektion in Osteuropa durchführte, erhielt von der Bundesregierung in den letzten Jahr über 70 Millionen DM ...

Im Ausland müssen die Menschen wieder Angst vor Deutschland haben. Der tschechische Ministerpräsident Klaus sieht die Politik des deutschen Imperialismus so: „Nachdem die BRD die DDR annektiert haben, strebt sie, (...) nach einer Revision der Kriegsergebnisse und der eigenen Rolle als Kriegsverlierer. Auf dem Wege der europäischen Einigung wolle Deutschland ganz Europa beherrschen. Letztlich drohe die Tschechische Republik einmal als 'Euroregion' in Kohls Bundesrepublik Europa zu enden.“

Und wenn jetzt hier im Rosengarten, eine Kultstätte des deutschen Militarismus, den Soldaten gedacht wird, die Europa in ein Meer von Blut und Trümmern verwandelt haben, dann wissen wir, hier stehen nicht die letzten Nostalgie/innen des alten Großdeutschland, sondern die Vorboten des Neuen“.

schiedene „Geschenke“ an die Stadt und die zahlreichen Arbeitsplätze des RWE in Essen - der drohende Unterton ist unverkennbar. „Daß das RWE bereit ist, sich für die Verlängerung des Konzessionsvertrages derart ins Zeug zu legen, macht deutlich, um wieviel Geld es in diesem Geschäft geht“, heißt es bei der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, die seit langem die Rekommunalisierung der Stromversorgung fordert.

aus Lokalberichte Essen

Frauen ans Gewehr? Wir sagen nein!

Stuttgart. Wir brauchen keine „Gleichberechtigung“ nach Vorstellungen der Koalition. Nicht

– die Erhöhung des Rentenalters,
– die Nachtarbeit für Arbeiterinnen,
– der Dienst an der Waffe
bringen die Gleichberechtigung. Vielmehr lenken sie von den tatsächlichen Gleichberechtigungsforderungen ab.

Frauen stehen an der Spitze der Arbeitslosen, finden sich am unteren Ende der Lohn- und Gehaltsskala, haben die schlechtesten Aufstiegschancen und die wenigsten Qualifizierungsmaßnahmen. Frauen sind die Ärmsten im Land, stel-

len den größten Teil der SozialhilfeempfängerInnen und haben die niedrigsten Renten. Die durchschnittliche Altersrente von Frauen liegt bei 753 DM, die der Männer bei rund 1700 DM. Der derzeitige Sozialabbau trifft Frauen überproportional. Frauendiskriminierung, Sexismus und Gewalt gegen Frauen gehören nach wie vor zum Bild dieser Gesellschaft.

Jetzt kommen FDP, CSU, Teile von CDU, SPD und Grünen und wollen uns den Kriegsdienst als Gleichberechtigung verkaufen.

Gleichberechtigung sieht anders aus: Wir wollen gleiche Rechte, nicht gleich e Verschlechterungen!

Wir wollen keinen Dienst an der Waffe – weder für Frauen noch für Männer!

Name Adresse Unterschrift
A. Rieger, I. Dammköhler, S. Kotzold, L. Rademacher, H. Scharf, IG Metall Waiblingen, Fronackerstr. 60

REPs kandidieren zur Oberbürgermeisterwahl

Stuttgart. Die „Republikaner“ wollen sich zur Oberbürgermeisterwahl in der baden-württembergischen Landes-



Alt-Aktionäre unter Beschuß

Für einen Schlußstrich unter IG Farben

Frankfurt. Mehr als 150 Antifaschistinnen und Antifaschisten protestierten am 21. August gegen die 41. Aktionärsversammlung der IG Farben in Auflösung (i.A.) im Steigenberger Hotel am Frankfurter Flughafen. Dem Aufruf des Auschwitz-Komitees, den neben der VVN und verschiedenen antifaschistischen Organisationen auch Pax Christi, der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre sowie der DGB Frankfurt unterzeichnet hatte, waren Menschen aus verschiedenen bundesdeutschen Städten gefolgt. Die Vertreter der Anteilseigner wurden zu Beginn und während der Jahresversammlung massiv mit der Forderung des Komitees konfrontiert, daß die IG Farben i.A. sofort aufzulösen sei. Einen Tag zuvor war bekannt geworden, daß der Mehrheitsaktionär gewechselt hatte. Die vom Immobilienunternehmer Günter Minninger kontrollierte Gesellschaft für Grundbesitz mbH & Co KG, GfW, Köln, hatte von der WCM Beteiligungs- und Grundbesitz AG, Heidenheim, einen Anteil von 43% für mindestens 17 Mio. DM erworben. Die GfW hatte verbreiten lassen, daß es ihr vor allem um die an-

gemeldeten Ansprüche auf Rückgabe des ehemaligen Ostvermögens der I.G. Farben gehe. Zwar seien diese Ansprüche in einigen Verfahren vor Verwaltungsgerichten zurückgewiesen worden. Die IG Farben i.A. habe aber Verfassungsbeschwerden eingelegt (FAZ 21., 22.8.). Die Vorsitzende des Auschwitz-Komitees, Esther Bejarano, hatte die Frankfurter OB Roth in einem Brief aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß die Aktionärsversammlung weder in Frankfurt noch in einer anderen Stadt stattfinden dürfe. Frau Roth sah in ihrem Antwortschreiben dafür „keine rechtliche Handhabe“. Irgendwelche kritischen Stellungnahmen aus dem Magistrat oder der Stadtverordnetenversammlung dazu sind nicht bekannt geworden. Auf der gutbesuchten Veranstaltung des DGB und der VVN am Abend zuvor wiesen die anwesenden Vorsitzenden des Auschwitzkomitees, Kurt Goldstein und Hans Frankenthal sowie Peter Gingold, VVN, vor allem auf den Zusammenhang zwischen den Verbrechen in Auschwitz und dem Vorherrschaftsstreben des deutschen Imperialismus hin. ola

hauptstadt im Herbst dieses Jahres stellen. Als Kandidat wird voraussichtlich Dieter Lieberwirth, REP-Fraktionsvorsitzender im Stuttgarter Gemeinderat, Mitglied im REP-Bundesvorstand und REP-Landtagskandidat im März dieses Jahres, ins Rennen geschickt.

aus Antifaschistische Nachrichten

Streichung aus dem Verfassungsschutzbericht

Stuttgart. Die VVN-BdA fordert den Ministerpräsidenten und den Innenminister des Landes Baden-Württemberg auf, unverzüglich dafür zu sorgen, daß die VVN-BdA aus dem Verfassungsschutzbericht herausgenommen wird. Die VVN-BdA ist eine international geachtete Organisation der religiös, rassistisch und politisch Verfolgten des Nazi-regimes und entfaltet als überkonfessioneller, partei- und generationsübergreifender Zusammenschluß von Antifaschistinnen und Antifaschisten gemäß Satzung seine Tätigkeit auf dem Boden des Grundgesetzes.

Im Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg wird die VVN-BdA indirekt aufgefordert, sich von den Kreisvereinigungen Offenburg und

Karlsruhe, bei denen sich junge Menschen organisiert haben, mit dem Ziel der Abspaltung zu distanzieren. In diesen Kreisen hätten, laut Verfassungsschutz, im Gegensatz zur Landestendenz „die anhaltenden Kontakte der überwiegend jungen Mitglieder einer VVN-BdA/Jugendantifa zu einer Radikalisierung bis hin zur Militanzbereitschaft geführt“. Tatsache ist, daß sämtliche von den Kreisvereinigungen Karlsruhe und Ortenau sowie von den Jugendlichen in eigener Verantwortung organisierten Aktionen und Veranstaltungen dem obigen Selbstverständnis der VVN-BdA entsprechen ...

Der durchsichtige Versuch, die VVN-BdA von der Jugend zu isolieren, wenn es schon nicht möglich ist, den Widerstandskampf der älteren Antifaschisten in der VVN-BdA zu entwerten, ist zum Scheitern verurteilt. Wir appellieren an die demokratische Öffentlichkeit:

Helfen Sie mit, die Verfassung vor ihren neofaschistischen und rassistischen Feinden zu schützen, wenden Sie sich gegen die fortgesetzte Diffamierung der VVN-BdA, und fordern Sie die Streichung der VVN-BdA aus dem Verfassungsschutzbericht.

Silvia Schulze
aus Kommunale Berichte Stuttgart

Das „Projekt Transrapid“ läuft an

Verdächtige Eile und ein paar offene Fragen

Seit dem 7. August liegen in den Berliner Bezirksämtern die Unterlagen für das Raumordnungsverfahren für das „Transrapid“-Projekt aus. Ursprünglich nur bis zum 7. September, nach Protesten von PDS, Grünen u.a. jetzt bis zum 20. September liegen die Unterlagen dort zur Einsicht aus, können Widersprüche gegen das Projekt formuliert und eingereicht werden. Auch in den anderen Bundesländern (u.a. Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg und Brandenburg) regt sich der Protest und Widerstand gegen dieses die Geldbeutel, Nerven und Gesundheit der Leute belastende Projekt der Konzerne Thyssen, Siemens, Hochtief, Bilfinger & Berger und der Bundesregierung. In Berlin helfen Grüne und PDS bei Beschwerden gegen das Verfahren, in mehreren Orten haben sich bereits Bürgerinitiativen u.a. Protestgruppen gegen das Vorhaben gegründet. Hier eine erste Erklärung der verkehrspolitischen Sprecherin der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Jutta Matuschek.

Die öffentliche Auslegung der Planungsunterlagen im Rahmen des Raumordnungsverfahrens kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß an einer umfassenden und bürgerfreundlichen Information zu diesem Jahrhundert-Projekt offensichtlich wenig Interesse besteht.

Der Zeitraum der Auslegung (7. August bis 7. September) liegt z.T. in der Ferienzeit und während der parlamentarischen Sommerpause. Für eine Stellungnahme sind den Bürger/-innen zwei weitere Wochen Zeit gegeben. Den Zeitraum für Auslegung und Stellungnahmen hält die PDS für entschieden zu kurz. Deshalb wird sie einen Antrag auf Fristverlängerung – sowohl für Stellungnahmen der Bürger/-innen als auch der Träger öffentlicher Belange – in die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses einbringen. Als Endtermin schlagen wir den 11. Oktober vor.



Es ist schon sehr verwunderlich, daß kurz nach Verabschiedung der „Lex-Transrapid“ in Bonn komplette Planungsunterlagen aus den Schubladen gezogen werden konnten. Hier sollen offensichtlich so schnell wie möglich Tatsachen geschaffen werden. Nahezu skandalös ist, daß die Ergebnisse von Expertenanhörungen und öffentlichen Kritiken – wie z.B. die des Bundesrechnungshofes am Finanzierungskonzept – offenbar nicht in die Planung eingegangen sind. Nach wie vor werden die wahren Kosten des Projektes verschleiert. So werden alle Angaben zu notwendigen Investitionen auf der Grundlage des Preisniveaus von 1993 angegeben.

Die PDS ist der Meinung, daß bei einem solchen Jahrhundertprojekt die Beteiligung der Bürger/-innen und Träger öffentlicher Belange über das gesetzlich fixierte Mindestmaß hinausgehen muß. Der Träger des Verfahrens hält

sich zwar an die vorgeschriebenen Rahmenbedingungen, diese sind jedoch für ein Projekt dieser Tragweite nicht ausreichend. So erweist sich die Festlegung, daß Raumordnungsverfahren innerhalb von 6 Monaten abzuschließen sind, als großes Hindernis für eine breite gesellschaftliche Diskussion.

Die ebenfalls in der „Verordnung über die Durchführung von Raumordnungsverfahren im gemeinsamen Planungsraum Berlin/Brandenburg“ bestimmte „angemessene Frist“ für die Erarbeitung der Stellungnahmen durch die Träger öffentlicher Belange wurde durch die Landesplanungsabteilung bis zum 26. August festgesetzt. Auch diese Frist ist für eine gründliche und alle Belange berücksichtigende Stellungnahme nach Ansicht der PDS viel zu kurz.

Für interessierte Bürger/-innen ist es fast unmöglich, sich durch die 22 Ordner mit den Planungsunterlagen zu kämpfen. Übersichtliche Darstellungen des Gesamtprojekts mit den wichtigsten Parametern sind nicht zu finden, grafische Darstellungen häufig eher verwirrend, die Planungsgrundlagen, wie Stadtteilpläne o.ä. veraltet und/oder schwer zu entziffern.

In den 12 Berliner Bezirksämtern, in denen die Bürger/-innen die Unterlagen einsehen können, stoßen Interessierte auf viele Hürden. Wegweiser zu den betreffenden Räumen fehlen fast überall, die Räumlichkeiten zur Auslegung sind äußerst beengt. Häufig erfolgt die Auslegung in den Arbeitsräumen der Mitarbeiter/-innen der Stadtplanungsämter, denen neben ihren üblichen Arbeitsaufgaben auch die Erläuterung der Unterlagen sowie die Beantwortung von Fragen durch Besucher/-innen während der normalen Arbeitszeit obliegt. Eine ständige Beratungsmöglichkeit für die Bürger/-innen durch Fachexperten ist nicht gegeben. Auch fehlen einfache Merkzettel mit Informationen über Ansprechpartner und Erläuterungen zum Raumordnungsverfahren, die den Bürger/-innen die Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte erleichtern würden.

Die Ergebnisse des Raumordnungsverfahrens haben zwar keine unmittelbare Rechtswirkung, gehen aber in die weiteren Planungsschritte ein. Es ist jedoch die erste offizielle Möglichkeit für die Bürger/-innen, ihre Meinung zum Wahnsinnprojekt Transrapid kundzutun. Wir möchten alle interessierten Menschen auffordern, sich nicht von der technokratischen und bürokratischen Verfahrensweise abschrecken zu lassen, sondern ihre Einsprüche einzulegen.

Die PDS bleibt bei ihrer prinzipiellen Ablehnung des Projekts und wird auch bei künftigen Verfahrensschritten öffentlich ihre Position vertreten.

Darüber hinaus fordern wir eine gründliche Überarbeitung der Planungsunterlagen, in denen die eklatanten Mängel, die durch den Bundesrechnungshof u.a. immer wieder angemahnt wurden, endlich Berücksichtigung finden. Ein ernstzunehmendes Prüfverfahren muß auch Alternativen und Nullvarianten untersuchen.

Wir verlangen die Offenlegung der tatsächlichen Kosten- und Zeitplanung des Gesamtprojekts sowie Klarheit über notwendige Folgemaßnahmen und verbindliche Aussagen zu Kostenübernahmeverpflichtungen durch Länder und Gemeinden, insbesondere für Berlin. (Pressemitteilung vom 16.8.)

Horno: Protest gegen Dorfzerstörung geht weiter

Am 26. August hat die Mehrheit des Braunkohleausschusses des Brandenburger Landtags gegen die Stimmen der PDS das von der Regierung vorgelegte „Braunkohlengrundlagengesetz“ angenommen. Damit haben die Landesregierung und der Energiekonzern VEAG, die nahe Horno gelegene Braunkohlengrube Jänschwalde bis Horno ausdehnen will, um das Kraftwerk der VEAG mit billigem Brennstoff zu versorgen, eine weitere Hürde genommen. Am Ende soll das Dorf dem Braunkohleabbau weichen. Dagegen protestieren die Bewohner/innen des Dorfes schon lange hartnäckig – unterstützt u.a. von der brandenburger PDS, die ihrerseits auf einem der letzten Parteitage von einer Delegation der IG Bergbau wegen vermeintlicher Gefährdung der Arbeitsplätze im brandenburger Braunkohlebergbau scharf kritisiert wurde.

Auch nach dem jetzigen Beschluß im Landtag soll dieser Protest weitergehen. „Das Gesetz ist ein Vertreibungs-

gesetz“, kritisierte der Bürgermeister von Horno im Landtagsausschuß. Andere Sprecher der Hornoer kündigten weiteren Widerstand an: „Wollen Sie denn Polizei und Bundeswehr holen, um die Hornoer aus ihrem Dorf zu schaffen?“ Eine in der gleichen Ausschusssitzung verabschiedete Änderung des brandenburger Enteignungsgesetzes stieß ebenfalls auf heftige Kritik: „Das hat aus DDR-Zeiten traurige Tradition“, so der Bürgermeister, „ich kann mir nicht vorstellen, daß eine demokratische Landesregierung das mitmacht.“ „Wenn das Gesetz im Landtag verabschiedet wird, ist der soziale Friede aufs Äußerste gefährdet“, kündigte ein Sprecher an. (rül)



Damit Mieten bezahlbar bleiben ... PDS Thüringen kritisiert die Wohnungspolitik

Mit rund 105.800 Haushalten bezog im Dezember 1995 bereits jeder zehnte Haushalt Thüringens Wohngeld. Auch die Zahl der Obdachlosen steigt rasch. Vor diesem Hintergrund debattierte der Thüringer Landtag über die Sicherung eines ausreichenden Bestandes von preiswertem Wohnraum. Die folgenden Ausführungen des wohnungspolitischen Sprechers der PDS-Fraktion im Landtag, Peter Dietl, entnahmen wir dem „Parlamentsreport“ der Thüringer „UNZ“ von Mitte August. (rül)

Sie wissen genau, daß ab 1.1.1997 entsprechend dem Mietenüberleitungsgesetz eine 5-prozentige Mieterhöhung kommt, daß ab 1.1.1998 mit der Einführung der Vergleichsmiete Mieterhöhungen zu rechnen ist. Das kann sich aus dem Mietspiegel bzw. aus dem Vergleich mit drei ähnlichen Wohnungen ergeben. Und sie wissen, daß mit der Einführung der Vergleichsmiete Mieterhöhungen pro Jahr von 10 Prozent, also alle drei Jahre von 30 Prozent möglich sind. Sie wissen auch, daß die Kappungsgrenze für die Modernisierungumlage zeitlich befristet ist, nämlich bis Ende 1997, und daß dann diese 3-DM-Kappung ausläuft.

Es besteht also nach wie vor das Hauptproblem darin, daß auch nach 1998 ausreichend preiswerter Wohnraum angeboten werden kann. Und ich meine, das müssen modernisierte Wohnungen sein. Es dürfen nicht jene Wohnungen sein, die unsaniert sind. Minister Schuster sprach von 10 bis 15 Prozent Wohnungen, die nur teilsaniert werden. Aber ich meine, daß es vernünftiger wäre, alles zu sanieren, und die Mittel, die das Wirtschaftsministerium zur Verfügung stellt, dazu zu verwenden, daß aus diesen Wohnungen auch Sozialwohnungen mit Sozialstatus werden, damit die Mieten in den nächsten Jahren bezahlbar bleiben.

Wenn dieses Wohngeld, wie es jetzt bezahlt wird, so weitergewährt wird, kommt ja automatisch eine höhere Belastung auf einen zu, weil die Mieten nächstes Jahr um 5 Prozent angehoben werden. Es wäre also viel wichtiger, daß wir wirklich ein neues Wohngeldrecht

bekämen, also ein Wohngeldrecht, das dynamisierend wirkt und auf die Bürger eingeht. Ich sehe also durchaus weiteren Handlungsbedarf für die Landesregierung.

Ich bin nach wie vor der Meinung, daß es notwendig ist, weitere Sozialwohnungen aus dem Bestand heraus zu bilden. Mit weniger als ein Prozent ist der Bestand an Sozialwohnungen in Thüringen viel zu gering. Wir haben in Thüringen trotz Leerstand ca. 70.000 Wohnungssuchende, das ist zumindest die aktuelle Angabe des Thüringer Mieterbundes. Und wir haben eine rasch zunehmende Zahl von Obdachlosen.

Aus dem Eckwertepapier für das neue Wohnungsbaugesetz ist zu entnehmen, daß aber der soziale Wohnungsbau in diesem Land reformiert, sprich abgeschafft werden soll. Favorisiert wird ein neues Lösungsmodell, also offensichtlich eine einkommensorientierte Förderung. (...) Die Landesregierung muß dafür Sorge tragen, (...) daß künftig Wohnungen für Haushalte mit geringem Einkommen wirklich bezahlbar bleiben. (...) Sie werfen uns immer vor, daß wir zu wenig Konzeptionen vorlegen. Lassen Sie mich in einigen Sätzen Punkte aus unserer Konzeption für die Wohnungspolitik nennen. Als Kernpunkte einer sozialorientierten Wohnungspolitik sieht die PDS:

1. eine effiziente Wohnungsbauförderung, welche den Mietwohnungsbau, den genossenschaftlichen Wohnungsbau und die Schaffung selbstgenutzten Wohneigentums gleichberechtigt berücksichtigt,
2. Wohngeld für einkommensschwache Haushalte und dessen Dynamisierung,
3. die Gewährleistung eines ausreichenden Bestandes an Sozialwohnungen mit kommunalen Belegungsrechten,
4. eine gesellschaftlich kontrollierte Mietentwicklung,
5. den Erhalt und den Ausbau einer nicht auf Profit ausgerichteten Wohnungswirtschaft sowie deren umfassende Demokratisierung,
6. die Herstellung von Mietgerechtigkeit auf der Grundlage einer primär vom Wohnwert abhängigen Richtwertmiete.

Heinrich Bauer-Verlag

Gegen Tariffucht

Hamburg. Rund 250 Beschäftigte des Heinrich-Bauer-Verlages protestierten am 22. August zwischen 13 und 14 Uhr vor dem Verlagsgebäude. Auf der Kundgebung sprachen u.a. die Betriebsratsvorsitzende Kersten Artus sowie Vertreter des DJV und der IG Medien. Es waren auch verschiedene Solidaritätsadressen eingegangen. Über das Vorgehen nach der Ankündigung des Arbeitgebers, die Arbeitszeiten für Neueingestellte zu verlängern, wird im Betrieb weiter diskutiert. Wir dokumentieren ein Flugblatt der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe der IG Medien und ein Schreiben des Betriebsrates.

Wir protestieren Donnerstag, 22. August 96, um 13.00 Uhr vor dem Heinrich Bauer Verlag. Herr Bauer setzt Zeichen. Bei Neueinstellungen will er sich aus den Tarifverträgen schleichen: Verlagsangestellte sollen wöchentlich drei, Redakteure vier Stunden umsonst arbeiten. Mehrarbeit soll zwar stattfinden, aber nicht mehr bezahlt werden. „Was hindert uns eigentlich, noch mehr als 40 Stunden in die Verträge zu schreiben?“ so Originalton Herr Hörle, Leiter der Rechtsabteilung.

Wer sich die bereits abgeschlossene Lohnerhöhung bei den Verlagsangestellten in diesem Jahr anschaut, der weiß, daß für die Arbeitszeitverkürzung längst bezahlt wurde. Geschenkt haben uns die Verleger gar nichts. Inzwischen muß auch viel intensiver gearbeitet werden. Neue Technik, Zentralisierungen, Umstrukturierung: die Arbeit wird auf immer weniger Köpfe verteilt. Beim Pro-Kopf-Umsatz ist der Konzernspitzenreiter. Das reicht Herrn Bauer nicht.

Fatale Sichtweise: Arbeit nur als Kostenfaktor Umsonst arbeiten? Die Gründerzeiten lassen grüßen. Auf der Betriebsversammlung im November letzten Jahres wies Manfred Braun, Konzernleitung des Heinrich-Bauer-Verlages, stolz darauf hin, daß das Unternehmen in der vierten Generation im Familienbesitz sei und im Sinne seines Gründers nach den Prinzipien eines mittelständischen Betriebes geführt würde. „Wir setzen uns jedes Jahr zusammen, dort wird dann mit Herrn Bauer gemeinsam die Strategie entwickelt ... Wir können uns höhere Kosten erlauben, wenn wir innovativer sind ... Wenn uns nichts Kreatives einfällt, dann müssen wir zumindest die Kostengünstigen sein ... Das ist einfach unser Sicherheitsfallschirm.“

Es trifft alle Beschäftigten der Verlagsbranche Der Verleger hat deutlich gemacht, daß er die Weichen für die Öffnung des Tarifvertrages nach unten stellen will. Auf Dauer wird er sich die Spaltung der Belegschaft nicht leisten. Doch wo endet diese Spirale, wenn sich einer vom Tarifvertrag verabschiedet? Der nächste folgt und der übernächste auch. Und wir landen alle im Keller – nur weil der Verlag die Konkurrenz anheizt.

Für uns Beschäftigte geht es darum, ob wir eine kalkulierbare Arbeitszeit und planbare Freizeit haben, ob die Arbeit auf mehr Köpfe verteilt wird und Arbeitsplätze erhalten werden, ob unsere tägliche Arbeit auch bei Gehältern anerkannt wird und daß die Arbeitsintensität beim raschen strukturellen Wandel der Medienbranche ein vernünftiges Maß nicht überschreitet. Die richtige Antwort: Stärkt die Gewerkschaft!

Zu der Kundgebung rufen auf: Landesbezirk Nord und Ortsverein Hamburg der IG Medien, die Deutsche Journalisten Union in der IG Medien, der Deutsche Journalisten Verband, Hamburg (aus Lokalberichte Hamburg)

Monteure der Jungheinrich AG wehren sich

Wenn die Firma in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommt, werden Schuldscheine gesucht. Und, wer hätte es auch anders erwartet, das Management findet sie schnell: Natürlich sind es die, die arbeiten und durch ihre tagtägliche Arbeit die Werte schaffen, die sich als Gewinn und Profit auf den Konten des Konzerns ansammeln. So geschieht es massiv in den letzten Monaten im Kundendienst der Gabelstapler-Firma Jungheinrich AG. Konjunktur und konkurrenzbedingt weht der Firma ein schärferer Wind ins Gesicht. Und so müssen, meint das Jungheinrich-Management, Mittel gefunden werden, um die zirka 700 Monteure im Jungheinrich-Kundendienst zu mehr Leistung anzutreiben. Vor allem sollen sie besser kontrolliert werden, um so die „schwarzen Schafe“ unter den Monteuren ausfindig machen zu können, die schuld daran sind, daß die Gewinne „in den Keller sinken“.

Der Lösungsvorschlag: Ein elektronisches Fahrtenlogbuch – das Gerät hat den Fabrikatnamen „MORIAS“ – soll

ABB „Management by chaos“

Seit Monaten verhandelt der Betriebsrat von ABB Kraftwerke-Engineering über die Sicherung des Standortes Mannheim Käfertal. Ohne Erfolg; die Verhandlungen sind festgefahren; die Geschäftsleitung versucht, ihre Vorstellungen einfach zu diktieren. In seinem Info vom 12. August berichtet der Betriebsrat über diesen unbefriedigenden Verhandlungsstand und über neue Maßnahmen der Unternehmensleitung. So plant die Unternehmensleitung erneut eine Ausgliederung: Ca. 450 Arbeitsplätze aus dem Kraftwerks-Bereich sollen in eine neu zu gründende ABB-Industrie-Dienstleistungs GmbH verschoben werden, zuständig z.B. für Spedition, Modellbau, Gebäudetechnik. 50 Beschäftigte sollen einem „Dienstleistungs-Team“ zugeschlagen werden. Für die Betroffenen hat die Geschäftsleitung ein besonderes Paket geschnürt, in dem u.a. enthalten ist: Verla-

FAG, Schweinfurt

Samstag als Normalarbeitstag verhindert!

Mitte Juni konfrontierte die FAG Geschäftsleitung den Betriebsrat mit der Forderung, entweder 82 Entlassungen zuzustimmen oder folgendes Maßnahmenprogramm zu akzeptieren: • Arbeitszeitabsenkung auf 30 Stunden pro Woche und Mitarbeiter im Bereich ATP-P1. • 4 x 6 Stunden-Schichtmodell mit regelmäßiger Samstagsarbeit in ATP-P2. • Versetzungen in andere Bereiche.

ATP-P1 usw. sind werksinterne Bezeichnungen für Abteilungen der Sparte „Automobil Technik Produktion“. Beide Abteilungen produzieren Wälzlager, sind jedoch kundenorientiert von einander abgegrenzt. Während P1 Rillenkugellager herstellt, fertigt P2 Doppelreihe-Radlager. Während die Nachfrage nach P1-Produkten (Kunden sind insbesondere Handelsunternehmen) radikal abgebrochen ist, boomt das Geschäft im Bereich P2. Ein Produktionsverlagerung zwischen den Bereichen geht von der technologischen Basis her nicht, da eine komplette Umrüstung erforderlich wäre.

So ist eine Situation entstanden, wie sie in modernen, schlanken, produktorientierten Fertigungen immer häufiger

Schaltet Ihr ein – schalten wir ab!

her, das, eingebaut in den einzelnen Kundendienstwagen des Monteurs, jede Bewegung des Autos und damit auch des Kollegen im Laufe eines Arbeitstages protokolliert.

Große Empörung unter den Kundendienstkollegen. Denn sie sind von ihrem Berufsbild und Selbstverständnis her gewohnt, ihre Kundenbesuche und damit den Ablauf des Arbeitstages weitgehend selbst zu bestimmen. „Wenn MORIAS kommt, werden wir nur noch Dienst nach Vorschrift machen!“ war die spontane Reaktion. Konkret heißt das: Viele Extras in der Kundenbetreuung würden wegfallen.

Der Gesamtbetriebsrat (GBR) der Jungheinrich AG, der die Kollegen in den vielen Niederlassungen vertritt, reagierte: Mit einer einstweiligen Verfügung, die er am Arbeitsgericht erreichte, stoppte er schon mal die Testphase von MORIAS, die der Vorstand der Jungheinrich AG am GBR vorbei durchsetzen wollte. Regelmäßige Informationen und Unterschriftensammlungen in der

gerung außerhalb von Käfertal und 40-Stunden-Woche mit Einkommen für 35 Stunden. Das ganze sei notwendig, um „marktfähig“ zu werden. Der Betriebsrat verfügt jedoch über aktuelle Leistungspaketvergleiche, daß eine bestimmte Leistung z.B. von einem externen Ingenieurbüro für 60 000 DM angeboten wird, während der ABB-Preis bei 15 000 DM liegen würde. Die Geschäftsleitung läßt sich jedoch auf derlei sachliche Diskussion nicht ein.

Die Gier nach Profiterhöhung durch Personalabbau nimmt inzwischen solche Formen an, daß die Geschäftsleitung nicht mehr in der Lage ist, alle Maschinen zu besetzen, um deren möglichst lange Laufzeit und in diesem Zusammenhang ein neues Schichtmodell sie so viel Wirbel verursacht hatte. Die Folge: Eine Auftrags-Bugwelle, die nicht bearbeitet werden kann, Streß und Chaos, Termindruck und Engpässe in nachgelagerten Bereichen.

Dies alles konnte die Geschäftsleitung allerdings nicht bewegen, die dringend benötigten qualifizierten Jungfacharbeiter am 31.7. zu übernehmen. Jegliche Beschwerde hierüber wird mit dem Ar-

beitszeitkonto negativ belastet. Ein Teil der Arbeiter wird in andere Bereiche versetzt.

Im Bereich ATP-P2 konnte der Betriebsrat die Beibehaltung des bisherigen 3-Schicht Modells B (ohne regelmäßige Samstagsarbeit) durchsetzen. Im Zeitraum von acht Wochen werden aber vier zusätzliche Sonderschichten am Samstag aufgesetzt. Mehrarbeit wird dabei in Form von Zeitzuschlägen honoriert. Konkret werden am Samstag 6 ¼ Stunden gearbeitet und 8 Stunden bezahlt.

Für die Dauer der vorläufigen Laufzeit der Betriebsvereinbarung bis Ende 1996 kann es in den betroffenen Bereichen zu keinen betriebsbedingten Entlassungen kommen.

Kommentar der IG Metall-Vertrauenskörperleitung bei FAG: „In dieser erpresserischen Situation hat der Betriebsrat eine Lösung ausgehandelt, die von allen Kolleginnen und Kollegen in ATP-P1 und ATP-P2 einiges an Solidarität abverlangt, allerdings 82 Kolleginnen und Kollegen den Arbeitsplatz erhält.“

MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN

gument zurückgewiesen: „Wenn ihr das nicht noch schneller und noch billiger schafft, dann werden wir die Arbeit fremdvergeben.“

Gegen geltendes Tarifrecht versucht die Geschäftsleitung in diesem Sinne, die Akkordvorgabezeiten zu kürzen. Und ohne die mit dem Betriebsrat bereits 1994 ausgehandelte Vereinbarung über Gruppenarbeit zu unterschreiben, führt der Vorstand Gruppenarbeit ein – ein glatter Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz. Mittels der Gruppenarbeit will der Vorstand erreichen, daß nach „Umqualifizierungen“ jede/r Beschäftigte mehrere Tätigkeiten ausüben und immer dort einspringen kann, wo es am meisten brennt.

Der Betriebsrat vertritt die Auffassung, daß diese Politik für die Beschäftigten inakzeptabel ist und auch noch „die Produktion vollends in die Sackgasse führt“. Er hat daher am 1.8. beschlossen: 1. keine Überstunden mehr im Bereich Produktion/Mechanik zu genehmigen; 2. Fremdvergaben nicht zu genehmigen; 3. Eine Versammlung für den P-Bereich des KW durchzuführen. (tht, Kommunal-Info Mannheim)

(cls)

BASF Den Rekordgewinnen folgt Lohndemontage

„BASF hat im 1. Quartal 1996 mit über einer Milliarde Mark den höchsten Gewinn vor Steuern erzielt, der je in den ersten drei Monaten eines Jahres erreicht wurde“, meldete der „Mannheimer Morgen“ am 10. Mai 1996 nach der Aktionärshauptversammlung, gegenüber dem Vorjahr ein Ertragssprung um 27,3 Prozent. „Verdient wird klotzig“, so das Resümee.

Wer immer noch an den Spruch glaubte, geht's „unserm Betrieb“ gut, geht's auch den Beschäftigten gut – der wird spätestens jetzt eines Besseren belehrt. Klotzig setzt der Vorstand nun auch das Hackebeil am Lohn an, denn viel Profit ist nie genug!

„Wir müssen uns der Herausforderung der globalen Märkte stellen“, tönte Arbeitsdirektor Kley auf der Vertrauensleutevollversammlung im Juni 1996 und erklärte denjenigen, die es noch nicht bemerkt haben sollten: „Die Pfalz ist keine Insel der Glückseligkeit“.

Eingedenk dieses weisen Spruchs unternimmt er einen neuen Anlauf, um sein Paket zum Abbau von Lohn- und Sozialleistungen durchzusetzen, das er vor zwei Jahren nach einer Protestdemonstration von 15 000 BASF-Beschäftigten weitgehend zurücknehmen mußte. Die Zeiten scheinen ihm dafür jetzt günstig zu sein – schließlich wird überall gespart und gnadenlos Sozialdemontage getrieben und immer auf dem Rücken derselben. Inzwischen erstaunt es keinen mehr, wenn genau da noch mal eins draufgesetzt wird.

Diesmal geht Kley taktisch geschickter vor. Waren 1994 von den Plänen noch sämtliche Belegschaftsgruppen betroffen, der schlecht bezahlte Hilfsarbeiter wie die Führungskraft, so ist der Angriff dieses Jahr vornehmlich auf die Entgeltgruppen E1 bis E8 gerichtet, und dabei insbesondere auf die Gruppe der Handwerker.

1994 war geplant: • Abschaffung der Dienstaltersprämie • Abschaffung der

Treueprämie • und Abschaffung des Pensionsurlaubs • Reduzierung der Nettoauszahlung bei Jubiläumsprämien • Reduzierung der Akkordzulage um 10 % • Entdynamisierung der Betriebszulagen und Ausgleichsvergütung bei Angestellten • Rückstufungsvereinbarung für tarifliche und außertarifliche Angestellte • Verschlechterung der Gesundheitsvorsorgemaßnahme • geringere Jahresprämie für AT-Angestellte • usw. Ein breitgefächertes Paket, von dem er lediglich bei den ersten drei Punkten einen Teilerfolge erringen konnte. Aber schon damals sicherte er sich seitens des BR die Bereitschaft zu späteren Verhandlungen über die offenen Punkte.

Fetisch Leistungsgerechtigkeit und Fetisch Standortsicherung

Zur Diskussion stehen seit ca. zwei Monaten die „Neuordnung der BASF-Entgeltsysteme“ in einer Kommission, zusammengesetzt aus Vertretern des Unternehmens und des Betriebsrats. Laut Kley geht es um „Spielräume im Entlohnungssystem“, um „leistungsgerechtere Entlohnung“. Bayer und Hoechst seien da schon viel weiter. „Wir müssen schneller renovieren“. Bei den AT-Angestellten sei man bereits auf dem „richtigen Weg“. Diese sollen demnächst ein Grundgehalt, eine vom Unternehmenserfolg abhängige Jahresprämie und eine jährlich variierende Zahlung, die mit ihrer Leistungskennziffer korrespondiert, erhalten.

Eine Annäherung der Standpunkte bei der Renovierung im tariflichen und vor allem gewerblichen Bereich konnte bislang nicht erreicht werden. Der Betriebsrat sah „in Teilbereichen durchaus Handlungsbedarf für eine verbessernde Neuordnung“ wegen „deutlicher Leistungsverdichtung und gestiegener Qualifikations- und Qualitätsanforderungen“, die allerdings keineswegs in

verschlechternde Lohnbedingungen münden dürften. Der Kündigungstermin für die betrieblichen entgeltbezogenen Vereinbarungen und Regelungsabreden war Ende Juni 1996. Zwei Wochen zuvor fand die Demonstration in Bonn statt. Es gibt Vermutungen, daß diese den Vorstand bewogen habe, statt einer Konfrontation eine sozialpartnerschaftlich einvernehmliche Regelung anzustreben. Das ist allemal klüger, weil später, wenn die Maßnahmen greifen, Vorstand und Betriebsrat dann gemeinsam mit dem Schwarzen Peter in der Hand sitzen – sollte sich der BASF-Betriebsrat nicht eines anderen besinnen.

Statt der befürchteten Kündigung schlug die Geschäftsführung daher ein Verständigungspapier vor, das eine Verhandlungsrichtung festlegte und dem Vorstand so zumindest schon einen Teilsieg sicherte. Der BR ging darauf ein mit folgender Begründung:

„Nach eingehender Beratung hat der Betriebsrat, unter Abwägung der berechtigten Entgeltinteressen der im Werk beschäftigten Arbeitnehmer, aber auch mit dem Ziel einer nachhaltigen Sicherung des Standorts Ludwigshafen, zugestimmt, Verhandlungen über die nachfolgenden Inhalte aufzunehmen“ (Informationsblatt an die Belegschaft, Juli 1996). Die Standortsicherung überall wird zum als Sesam-Öffne-Dich für die verheerendsten Zustände deutscher Betriebsräte.

Entgelt für Neueingestellte

Bis Ende dieses Jahres soll für Neueingestellte oder aus befristeten Arbeitsverhältnissen Übernommene ein Entgeltsystem vereinbart werden mit folgenden Eckpunkten (kursiv gesetzt). Die dann folgenden Konkretisierungen wurden in dem Papier nicht vereinbart; es sind die bislang bekanntgewordenen Pläne der BASF-Führung:

1) Absenkung der übertariflichen Einstiegszulagen, dabei stärkere Absenkung für diejenigen, die von außerhalb eingestellt wurden, als für Auszubildende, die die BASF übernimmt.

Dies betrifft die 20%ige betriebliche Mindestzulage. Statt dessen visiert die Personalabteilung von Null beginnend eine stufenweise Zulagenentwicklung an. Dabei sollen die Zulagen nach ihrer Vorstellung bei Leistungsabfall auch reduziert werden können.

2) Übertarifliche Zulagen sollen von der Tarifydynamik gelöst werden mit dem Ziel, mehr nach Leistung zu differenzieren.

Das ist der Würgegriff an denjenigen, die aus Alters- oder Krankheitsgründen nicht mehr zu olympiaren Hochleistungen in der Lage sind. Die „Leistungsgerechtigkeit“ macht das Lohnsystem für sie zum Strafsystem.

3) Akkord- und Prämiensystem soll zu einem Entgeltsystem zusammengefaßt werden zur besseren Leistungs differenzierung.

Wenn die Akkordarbeit als klassischer Leistungslohn nicht leistungsorientiert und differenziert genug ist, stinkt die Sache nach Lohnraub. In der Konsequenz soll die Akkordarbeit abgeschafft werden. Dabei will die Personalabteilung die individuellen Ansprüche aus der bisherigen Akkordverrechnung über eine Einmalzahlung dauerhaft abgelenken.

4) Ein- und Umgruppierungen sollen nicht mehr gemäß den sogenannten Personen- und Gruppenpapieren („Laufbahnpapiere“) stattfinden, die festlegen, daß z.B. ein Chemie- oder Metallfacharbeiter nach vier Tätigkeitsjahren von E6 nach E7

umgruppiert wird, sondern anforderungs- und funktionsbezogen.

Mit dem Argument, weder die Anforderung noch Funktion habe sich geändert, kann jemand also „ewig“ in derselben Entgeltgruppe festgekettet sein, außer er schlägt irgendwelche leistungsmäßigen Purzelbäume, erregt das Wohlgefallen seines Vorgesetzten, ist eifrig, eifertig und nie krank, wofür er dann eine jederzeit reduzierbare, individuell festgesetzte Zulage ergattern kann.

Dem entgegen steht das Bestreben des Betriebsrates, die Verweildauer in den Einstiegsgruppen E4 und E5 von vier auf zwei Jahre zu verkürzen.

Die Ausschüttungssumme für Zulagen soll sich künftig an der jeweils aktuellen Kapitalrendite orientieren. Zurecht hatte der BR dagegengesetzt, daß individuelle Leistungen nicht von einer unbeeinflussbaren betriebswirtschaftlichen Kenngröße abhängig gemacht werden dürfen.

Ohne Kampf wird nichts sein wie es war

Der BR erklärte in seinem Flugblatt, daß einer seiner Schwerpunkte die weitestgehende Absicherung der dynamischen Entgeltbestandteile im Leistungslohn sein werden. Ob dies gelinge, werde „ganz entscheidend das Ergebnis der Verhandlungen beeinflussen“. Und er betonte: „Ein Ergebnis kann neben der Einigung auch das Scheitern der Verhandlungen sein. Es kann daher im Laufe der Verhandlungen notwendig werden, erneut Position zu beziehen. Deshalb plant der Betriebsrat für den Herbst eine Sonderversammlung der Vertrauensleute“.

Offenbar beabsichtigt er weder kampfflos alle Zumutungen hinzunehmen, noch die Front auf den Verhandlungstisch zu beschränken. Aber einen Kampf hat er schon verlorgegeben – den für die künftigen, neu eingestellten BASF-Beschäftigten, denn er strebt vor allem eine Besitzstandssicherung der heutigen Stammbesellschaft an. Bei einer normalen Fluktuation von ca. 1.500 bis 2.000 Leuten jährlich, kann das Lohnniveau kontinuierlich und merklich nach unten gedrückt werden.

Neueingestellte werden dieselbe Arbeit verrichten wie der altgediente „Aniliner“, aber zu erheblich schlechteren Bedingungen. Das gewerkschaftliche Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit verkümmert mehr und mehr zur Makulatur, nachdem die IG Chemie bereits für Neuanfänger und Langzeitarbeitslose per Tarifvertrag einer untertariflichen Bezahlung zustimmte.

Abgesehen davon, geht der Lohnabbau mit einer permanenten Leistungsverdichtung, steigendem psychischem Stress und sehr gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen (Vollcontischicht, Belastungen der Arbeitsumgebung mit schädlichen Stoffen, Störfall- und Unfallrisiken – im ersten Halbjahr 1996 gab es 12 Prozent mehr meldepflichtige Unfälle im Werk) einher. Der Raubbau an der Lebenskraft kann bei niedrigem Lohn nicht mehr ausgeglichen werden, etwa durch bessere Wohnverhältnisse, qualitativ hochwertige Nahrungsmittel o.ä. Die Arbeit bei diesem Lohn wird immer ruinöser. Die Folgekosten für den Betroffenen und die Gesellschaft wächst.

(vde, Kommal-Info Mannheim)

Bei Schokoladen-Ludwig: Sozialabbau verhindert

Quickborn. Die Unternehmensleitung von Ludwig-Schokolade, versuchte ihre Beschäftigten zu zwingen, einen Streichkatalog immensen Ausmaßes zu akzeptieren. Der „Sozialabbau mit der Brechstange“ (so der Quickborner Betriebsrat Jan Geffken) beinhaltet die Kürzung des Urlaubs von 30 auf 27 Tage, die Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 38 auf 40 Stunden, den Wegfall sämtlicher Überstundenzuschläge und die Streichung von Sonderurlaub für Arztbesuche. Außerdem sollten ältere Beschäftigte ab dem 50. Lebensjahr bei gleichzeitigem Einfrieren der Betriebsrenten auf ihren Kündigungsschutz verzichten. Durchgesetzt werden sollte der Ludwigsche Horrorkatalog mit einer ebenso perfiden wie simplen Erpressung: Trotz eines 1995er-Umsatzes von 571 Millionen Mark bei gleichzeitigem Rekordgewinn in Höhe von rund 20 Millionen verband der Geschäftsführer des Aachener Unternehmens, Franz-Josef Zimmermann, die geforderten Kürzungen kurzerhand mit der Drohung, die Produktion andernfalls in eine bereits im Bau befindliche Werksniederlassung in Polen auszulagern.

Abgesehen von der aktuell geforderten Verhärterung der Arbeitsbedingungen war das Arbeiten bei Ludwig trotz der Fertigung von Süßwarenprodukten wie Schokolade oder

Pralinen aber auch zuvor schon alles andere als ein Zuckerschlecken. Von den etwa 420 Beschäftigten des Werkes Quickborn sind nicht ohne Grund etwa drei Viertel Frauen, vielfach ohne besondere berufliche Bildung oder gänzlich ungelern. Und nur rund 260 von ihnen arbeiten in Quickborn fest angestellt. Hinzu kommen 40 saisonal und ca. 120 über „Leasing“ Beschäftigte. Fristverträge und ungesicherte Arbeitsverhältnisse sind indes aber nicht nur die traurige Realität für die ArbeiterInnen in Quickborn, laut Betriebsrat Geffken entziehen sich auf diese Weise zahlreiche Unternehmen der Branche ihren Verpflichtungen gegenüber den Beschäftigten.

Anfang Juli nun, zog die Ludwig Schokolade GmbH den skandalösen Streichkatalog vorerst zurück – wohl vor allem unter dem Eindruck der bundesweiten Proteste und Solidaritätsbekundungen mit den Beschäftigten. Grund genug für Betriebsrat Geffken, mit „vorsichtigem Optimismus“ ein „Verlassen des Kriegsschauplatzes“ anzustreben. Er kündigte an, gemeinsam mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten in Kürze mit der Unternehmensleitung in Tarifverhandlungen einzutreten.

Nicht ohne Bedeutung für diese Verhandlungen dürfte das Ableben des Firmenchefs Peter Ludwig sein, Mitte Juli. Vor allem auf sein Betreiben dürfte die Erpressung der Beschäftigten zurückzuführen sein

(Nadelstiche, Norderstedt, gekürzt)



Der nachfolgend dokumentierte Brief zeugt von einer Diskussion unter dem Druck von Illegalität und Isolation. Jetzt ist ganz klar, daß die Staatsschutzbehörden bewußt logen, als sie Gefangene aus der RAF als führende Hand bei Anschlägen hinstellten. Die zuständigen Behörden konnten vielmehr ganz genau wissen, daß gerade die Verbesserung der Haftbedingungen und schließlich die Freilassung die Diskussion in die Richtung der Niederlegung der Waffen führen würde. Dieses Stück schmutziger Manipulation ist ein bedeutsames Argument für die Freilassung aller Gefangenen aus der RAF.

Aus den jetzt zugänglichen und freier diskutierbaren Stellungnahmen – s.a. PB Nr. 13/96 – wird sichtbar, daß auch im Theoriezusammenhang der RAF (gemeint ist hier immer die politische Strömung, nicht eine Organisation) in den achtziger Jahren eine Zäsur, d.h. ein

Einschnitt, in der Entwicklung der BRD gesehen wird. Praktisch alle Strömungen der Linken in der BRD haben einen solchen Einschnitt empfunden. Worin aber die Wende nach Rechts bestand und wieso die Entwicklung nach Rechts ausreichenden Rückhalt in der öffentlichen Meinung fand, bleibt in der Debatte unklar und produziert Nostalgien aller Art.

Helmut Pohl macht die Zäsur dran fest, daß „die Macht“ mit all dem durchgekommen sei, was u.a. die RAF habe verhindern wollen. Damit ist die Frage gestellt, warum weder die RAF noch sonstwer verhindern konnte, daß fast alle denkbaren Befürchtungen zu Tatsachen wurden. Zu der anstehenden Diskussion des Wie und des Wieso öffnet der Schritt Helmut Pohls, die Sache der RAF nun öffentlich verhandelbar zu machen, einen Zugang. Ein Merkmal der Zäsur, man kann auch Niederlage oder Wende dazu sagen, war

und bleibt bis jetzt, daß die sozialen Bewegungen und die politischen Richtungen in einen globalen Prozeß der Entkoppelung verstrickt sind, der in seiner grauen Sachlichkeit einfach da ist und sich mit Begriffen wie Spaltung oder Verrat entfernt nicht fassen läßt. Die Solidarität, wie sie aus einer durch die Kapitalbewegung bestimmten, schicksalhaften Gleichform des Lebenslaufes entstand, ging im Prozeß der globalen Differenzierungen als tragende Kraft fast unter, ein naheliegendes Beispiel dafür ist der Übergang von der „klammheimlichen Freude“, von der die Aktiven der RAF getragen wurden, zur hilflos befremdeten Gleichgültigkeit. Der Kampf um die Freilassung der Gefangenen ist schon ein Schritt zur Wiedergewinnung der Interpretationsmacht über die eigene Geschichte, die offene Geschichtsdiskussion der RAF ist dabei eine große Erleichterung.

(maf)

„Wir müssen eine Zäsur machen“

Helmut Pohl veröffentlicht einen Brief aus dem Jahre 1992

Wir reden seit 87 von „Zäsur“. Damals erst als qualitative Orientierung für die Bedeutung der gesamten politischen Entwicklung, also wenig inhaltlich diskutiert, aber immerhin hatten es 'ne ganze Reihe von uns miteinander verstanden. Das kam aus der Totalität, die das kapitalistische System Mitte der 80er Jahre erreicht hatte, sie waren mit allem durchgekommen. Die „Globalisierung“ und die so totale Unterwerfung unter das Verwertungsprinzip, daß sogar das Bewußtsein davon am Verschwinden ist, weil es gar keinen „Punkt mehr zuläßt, von dem es anders gesehen werden könnte“ (ein g.-anders-Schüler (1)), wovon heute die Rede ist, das war es für uns damals. Wir haben auch schon ein paar Konsequenzen gesagt. „Im konkreten“, „Schritte“, Aneignung von unten“, oder daß die alten Begriffe von „revolutionär“ und „reformistisch“ nichts mehr taugen, deshalb „Umwälzungsprozeß“, bei dem die Frage einfach ist, für wen laufen die Schritte in den kon-

kreten Auseinandersetzungen.

Also, die Totalisierung des System bedeutet für uns auch, daß das, was kh (2) die „Zentralperspektive“ nennt, nicht mehr existieren kann. Das heißt eben eine Organisation, die eine revolutionäre Alternative aus den historischen Prozessen heraus verkörpert, einfach deshalb schon nicht, weil keine ein Konzept, ein „Modell“ für 'ne andere – und das hieß heute: weltweite – Gesellschaftsstruktur anbieten kann. Die Aktion kann keine Perspektive mehr vermitteln, geht nicht. Dasselbe anders: Die Auseinandersetzungen („Probleme“) sind so viele geworden, daß die Guerillaaktion keine strategische („Gesamt“-) Funktion mehr erreicht.

Ich kann's von mir sagen, aber ich denke auch, daß z.B. Eva und Brigitte und wahrscheinlich auch Heidi das genauso im Sinn hatten, ich habe diese Entwicklung von Anfang an als „Aufhebung“ der RAF gesehen. Ich hatte 87/Anfang 90 die Vorstellung einer dia-

lektische Radikalisierung. Einer (wie stark auch immer) wirklichen, politisch-radikalen und militanten „Bewegung“ in der BRD („realer Faktor“), aus quer durch das ganze „linke“ Spektrum, mit potentiell (zur Verfügung, wann und wie entscheidet man) allen Mitteln.

Wie das genauer aussieht, wußte ich nicht – es ist auch Scheiße, das zu „wissen“, denn man kann es aus dem ganzen Gedanken heraus nur in 'nem „Miteinander“-Prozeß der praktischen (Kommunikation ist auch praktisch) Klärung zusammen entdecken. Aber daß es die einzige mögliche Konsequenz ist aus dem, was global am laufen war, das war klar – daß man es also machen muß, rückhaltlos ins Offene (!) gehen.

Wie es dabei mit uns, mit der RAF, wird, wußte ich auch nicht so gut. Ich war aber (unabhängig von den Aktionsformen) zuversichtlich, denn eine ganze Seite dieses historischen Umbruchs gibt uns, im Unterschied zu den meisten „Linken“, sozusagen recht. Es ist so gekommen, wie RAF-Politik, um es zu verhindern, durch die Zeiten auch zentral bestimmt war. (Dieses „um es zu verhindern“ macht auch die richtige Diskussion um „eigene Ziele“ nicht weg.)

Ich dachte dabei etwa, wenn es erst sichtbar wird, wenn dieser Prozeß einer „dialektischen Radikalisierung“ anfängt, dann wird es für uns auch nicht so schwierig sein, weil es eben „alle“ sehen.

Im Streik war es dann unser „Projekt“. Ich habe nie verstanden, warum darin soviel ruminterpretiert und rumgerätselt worden ist, es sollte die grundlegende Anfangserklärung dann bringen.

Du sagst jetzt, du hast uns dann (vielleicht) die ganze Zeit mißverstanden – aber was wäre denn gewesen, wenn wir im Streik alles erreicht hätten, die Diskussion, die wir dann gehabt hätten und daß wir sie gehabt hätten, hat damals ganz natürlich für mich eingeschlossen, daß die RAF in der Zeit keine Aktionen macht. Weil es eben Diskussion überhaupt der Grundlagen von revolutionärer Politik dann ist, also auch das, was die RAF macht. Und die Dynamik in den konkreten Verhältnissen hätte es auch mit dem Gewicht der Gefangenen zwingend gemacht, es wäre so geworden ... Wir hatten es als „Übergang“ bestimmt – zur Freiheit der Gefangenen, die Freiheit impliziert aber, daß auch im Verhältnis RAF/Staat was passiert, der Staat hat die Macht über die Gefange-

ALLE MÜSSEN RAUS!

Die Adressen der Gefangenen aus der RAF, die der Staat lebendig begraben und dem Vergessen anheimgeben will:

Rolf Heissler,
Ludwigshafenerstr. 20,
67227 Frankenthal

Rolf-Clemens Wagner,
Paradeplatz 5,
34613 Schwalmstadt

Sieglinde Hofmann,
Rochusstraße 350,
50827 Köln

Heidi Schulz, Rochus-
straße 350, 50827 Köln

Brigitte Mohnhaupt,
Münchner Straße 33,
86551 Aichach

Christian Klar, Postfach
2580, 76646 Bruchsal

Helmut Pohl, Paradeplatz
5, 34613 Schwalmstadt

Eva Haule,
Ober Kreuzäckerstraße 4,
60435 Frankfurt a.M.

Birgit Hogefeld, über OLG,
5. Strafsenat, Zeil 42,
60313 Frankfurt

Stefan Wisniewski,
Gartenstraße 26,
48147 Neumünster

Helmut Pohl zu seinen Motiven, den Brief jetzt zu veröffentlichen

Der Brief ist vom Februar 1992. Der Inhalt ist längst überholt, den ganzen Grundgedanken habe ich schon lange nicht mehr, und in manchen Einzelheiten denke ich heute anders. Ich habe ihn im Zusammenhang mit dem „konkret“-Interview rausgeben lassen, um zu dokumentieren, wo wir waren, kurz bevor die „Bewaffnete Kampf / Hardliner“-Hetze dagegen und über uns weg gebrüllt wurde. Der Brief spiegelt zum großen Teil den Diskussionsstand unter den meisten von uns Gefangenen wider, und es sind Einzelüberlegungen von mir drangehängt. Vollständig war er zehn Seiten lang. Es war nach schon langem Drängen einer ganzen Reihe von uns und genauso langem Bearbeiten draußen ein letzter Anlauf, bei den Illegalen was zu bewegen. So ist er auch geschrieben. Noch einmal mit zusammengebissenen Zähnen, bemüht, angestrengt darauf herumreitend und mit dem Vokabular der Jahre vorher aneinandergeschraubt.

Diesen Brief hatte der Verfassungsschutz sofort. Wahrscheinlich schnell-

ler als die anderen Gefangenen und die Illegalen.

Der Staatsschutzapparat hatte alles auf dem Tisch, sie wußten mit größter Wahrscheinlichkeit auch schon das ganze Jahr 1991, was wir wollten, aber für ihre Zwecke mußte eine andere, in etwa die diametral entgegengesetzte „Wirklichkeit“ geschaffen werden. Die wieder zurechtzurücken, war der ganze Sinn des Interviews und der Veröffentlichung des Briefs.

Ich habe vor dem Interview in politisch ganz verschiedenen Kontakten abgeklopft, ob ich es auch wirklich so begreifen muß (oder es vielleicht meine Fixierung ist), daß es eine notwendige Voraussetzung für einen neuen Ansatz für unsere Freiheit ist, diese Desinformation in der Öffentlichkeit wegzukriegen. Sie haben es mir alle nach kurzem Überlegen bestätigt.

Mir hat das auch nicht gefallen, so zu unserer Geschichte zu reden. Es blieb uns nur gar nichts anderes mehr übrig, so wie sie auch von früheren „Genossen“ in den letzten Jahren getrimmt worden ist.

nen, alles andere wäre unreal. Was noch mal 'ne Interpretation von unserer Diskussionsorientierung auf eine veränderte Politik hin ist: in der militärischen Aktion zurücknehmen.

Dann ist es unübersehbar geworden, daß es noch ganz anders aussieht. Für uns Gefangene, daß so gut wie alles, was wir davor erreicht hatten, wieder wegst (ne ganz andere Seite auch nicht). Daß „die Diskussion“ an der Klärung der neuen Situation mit vielen, wie es überhaupt aussieht, nicht möglich ist, daß es dabei im vereinzelt Suchen bleibt (überall, nicht nur bei uns Gefangenen) – wie es doch primär wäre, wenn man keine Kritik/Debatte machen, ohne die heutige Situation im Ansatz zu „haben“, auf die bezogen das Gesagte nur seinen Sinn haben kann. daß man vielmehr bei sich selbst auf 'ner noch weiter zurückgedrückten Position anfangen muß, Konsequenzen zu ziehen, um wieder in die Initiative zu kommen.

Da hab' ich das vor rund einem Jahr (verspätet) gesagt. Du nennst das jetzt „Hammersatz“, für mich überraschend, denn damals habe ich nach ein paar Monaten als sinngemäßen Orientierungssatz von dir gehört: Ja, es vermittelt nichts mehr.

Wegen der Bullensituation und weil ich dachte, du verstehst so schon, hatte ich es in festgelegten Punkten und festgezurrt Hauptformulierungen gesagt: Ich halte es für richtig, wenn die RAF jetzt öffentlich sagt, daß sie für einen nächsten Zeitraum und bevor sie etwas anderes dazu sagt, keine gezielt tödlichen Aktionen – aber man kann es ganz

sagen: keine Kommandoaktionen – macht. Erklärt hatte ich es mit den Punkten:

– Daß die Bezüge, aus denen sich die RAF 20 Jahre lang bestimmt hat und die auch für jede revolutionäre Politik Entstehungsbedingung und Existenzrahmen war, radikal auseinandergeflohen sind.

– Man ohne daß man eine erneute Bestimmung hätte („Neugründung“ meint das, die Grundlagen), dieses Mittel nicht anwenden kann. Es entspricht in seiner ganzen Aussage nicht der Situation, es sagt nämlich aus, daß man eine definitive Bestimmung im revolutionären Kampf hat. Aus sich, aus der Qualität des Mittels.

– Weil es durch die Konfrontation, die Bedingungen, die es aus der Reaktion für alle setzt, über alle, die nach revolutionärer Politik suchen und die in einer extremen Krise sind, weggeht. Während es aber grad um ein Sichfinden auf einer neuen Grundlage geht.

– Als weiteren Gedanken, daß die Eskalation der Brutalisierung und „blinden Gewalt“ in der Gesellschaft und global der politischen Gewalt ein ganzes Stück der politischen Vermittlung entzieht. Es wird „zuviel“, die Leute schlagen nur noch die Hände über dem Kopf zusammen bzw. können es nicht mehr verarbeiten (im Trikont ist es die „Kriegsmüdigkeit“). Sie sehen nur noch mehr Gewalt und keine Politik (keine Lösungen), auch wenn die Schweinereien es hundertmal „rechtfertigen“.

– Und daß ich mir (nur noch) darüber vorstellen kann, daß wir durch das Zugreifen auf die vielen, die wir fürs weitere wollen, und das Aufknacken im Verhältnis RAF/Staat, qualitativ wieder solche Bedingungen herstellen wie 89. (3) Ein Schub.

Durch die KGT-Initiative (5) ist das jetzt schlechter als noch vor einem Jahr. Jetzt wird es fast unvermeidlich als Reaktion von uns darauf verstanden. Trotzdem. Es ist ganz unabhängig davon, wie der Staat in bezug auf die Gefangenen darauf reagiert, richtig. Sie werden erst mal „danke“ sagen und sonst kaum etwas. Aber es kann uns bessere Grundlagen verschaffen, um eine Mobilisierung zu erreichen.

Ich finde das auch aus 'ner anderen politischen Überlegung richtig, der der Klarheit und Radikalität, die auch der Radikalität der Wirklichkeit entspricht. Eva schreibt mir völlig richtig: Es ist eine Übergangszeit, und man darf es nicht nur so begreifen, sondern man muß es auch so bestimmen. Es geht nicht, die RAF elegant und mehr oder weniger stillschweigend in was anderes zu transformieren, wir müssen ganz klar eine Zäsur machen. Die RAF als Offensivposition im internationalen Klassenkrieg kann es so nicht mehr weiter geben. Das ist 20 Jahre lang Grundbestimmung ge-

wesen, das hat mit „bis 77“ oder „bis 85“ nichts zu tun. Das verlangt auch die Klarheit zu unserer Geschichte, an der ich jedenfalls festhalten will.

Ob es ein Prozeß wird, in dem sich die RAF verändert, aber verändert auch in der Kontinuität dann weiter agiert – oder ob es ein „Auflösungs“-Prozeß in eine neue Struktur des Kampfes wird, ich weiß es nicht.

Deshalb ist es eben genau das richtige, „für die nächste Zeit und bevor etwas anderes gesagt wird: keine Kommandoaktionen“ – und nicht nur die halbherzige Sache, wie es wahrscheinlich die Celler (4) denken (oder?), die nicht die ganze Konsequenz ziehen will – und genauso auf der anderen Seite nicht, wie es aus deinem zweiten Brief rauskommt, „aufhören“, „der Deal“.

Das stellt sich alles erst noch heraus, wie es laufen kann.

Wir müssen eine bestimmte Aussage machen. „Für die nächste Zeit bis ...“

Die muß enthalten: die Offenheit anderen Praxen gegenüber, das nicht vorher Bestimmbare der folgenden / zukünftigen Politik und eine Ausgangslinie im Verhältnis, gleich: der Konfrontation mit der Staatsmacht für den ganzen Bereich des anvisierten Mobilisierungsprozesses, also wie es von ihnen aus getragen wird und werden kann.

Und es kommt heute (auch mit der KGT-Initiative) viel mehr noch als vor ein, zwei Jahren darauf an, es sofort mit einer gleichgewichtigen Aussage zu verbinden (so darüber zu sprechen), daß radikal(st)e Politik, konsequente Kämpfe laufen müssen, daß alles danach schreit, daß der Umwälzungsprozeß erkämpft wird.

Genauer, so sag' ich es, daß die Entwicklung so oder so, als Zerstörung oder Aneignung läuft. Die Schärfe, das ist „mehr“, direkter zur Aktualität, als es vage mit die „Ziele“ oder „revolutionäre Politik“ so ungreifbar in die Zukunft gesagt ist. Daß also von „Aufhören“ keine Rede sein kann.

Das muß auch so klar rauskommen, weil in diesem Rutsch die ganze massive Wirklichkeit daran zieht, man muß sich nur die RZ-Papiere (6) anschauen. Da kann es bei einem bestimmten Teil von Leuten, denen, die mit dabei sind, noch so klar in seinem Zusammenhang und seiner Begründung sein – diese dominierende Struktur „geben auf“, „Deal“, „schwenken ein“, die überfährt das, wenn wir nicht über einen begrenzten Teil hinaus klar durchdrungen sind. Es wirkt dann real insgesamt als Runterziehen, revolutionäre Politik einpacken.

Weiter – heute hat der ganze Prozeß weniger mit dem Staat zu tun als bisher. Er geht vor allem vom Strukturprozeß der Aneignung aus, auf der anderen Seite erodiert die Staatsmacht auch, also verlieren die Angriffe auf den Staat

auch an Stellenwert. (Gerade deshalb muß er für unsere Geschichte scharf festgehalten werden.)

Und – der springende Punkt ist, daß heute „Angriff“ wesentlich beim Inhalt erst mal steckt, in der „Rückeroberung“ der Inhalte. Wiederaneignung.

Die alles überdeckende Systemideologie/Herrschaftsideologie/Jubelideologie wird insgesamt verdrängt, die sozusagen das historische Überholtsein revolutionärer und „linker“ Politik überhaupt zur Grundlage des weiteren Verfahrens machen will.

Damit ist aber die Stärke dieser „Definitionsmacht“ nicht begriffen, die Bedeutung der real-metropolitanen Verarbeitung des generellen Koordinatenwechsels. Das wieder zurechtzurücken, das ist jetzt das Offensiv zuallererst. Die Inhalte wieder auf die Seite der zu entwickelnden neuen Strukturen bringen. In gemeinsamen Haltungen („Positionen“, die praktisch sind), bei gleichzeitigen Unterschieden in anderen Fragen. Offensiv.

Zum Beispiel zur G 7, „500 Jahre“ (7), wer will das? Die Vernichtung von Millionen, die Fortsetzung dieser Geschichte in die Zukunft? Welche Zukunft dann?

Wo wir dann beim „globalen Bewußtsein“ wären oder dem „Bewußtsein von der Globalität“, dem Einrasten des Metropolenbewußtseins in die Realität der Welt.

Das sind keine Blasen, das ist dann jedesmal in der konkreten Sache die politische Klärung.

Oder zum Beispiel: die Gefangenen, Menschenrechte, Legitimität der „Lösung“.

Wenn der Schritt von der RAF gemacht wird, muß man dabei aber auch sehen, daß eine Differenz immer bleibt. Die „Lösung Gefangene“ und die „Entwicklung RAF“/bzw. radikale, militante Orientierung gehen nicht glatt auf, es bleibt immer auch die Widerspruchsseite.

Man muß entscheiden. Was ist jetzt richtig? Es ist jetzt eine der historischen Zeiten, in denen Gefangene rauskommen können – was ist einem wichtiger, hat mehr Bedeutung? Das persönliche und politische Leben einer Reihe von uns, oder das Rücken in der konsequenten Orientierung. – Was kann es sein? Eine dynamische Funktion auch für den gesamten Prozeß. Man muß die Widerspruchsseite aus der Entscheidung für das andere aushalten. Ist doch nur gut hier, hätte doch dann auch eine gute politische Aussage.

Wir müssen jetzt gleich voneinander wissen, ob wir alle, drinnen und draußen, solche Sätze von uns Gefangenen tragen (denn wir müssen mit einer klaren und kräftigen Aussage zu der „Freilassungsinitiative“ noch rauskommen) und was mehr gesagt werden sollte:

Wir wollen einen gründlichen Schritt für alle Beteiligten, einen Einschnitt gegenüber der Geschichte von 22 Jahren. Wir wollen eine Perspektive der Freiheit für alle von uns in einem absehbaren nächsten Zeitraum.

Das wird auch in unserer Vorstellung nicht sofort gehen und nicht auf einmal. Das kann auch nicht nur am Bereich der Gefangenen angepackt werden, sondern ist nur vorstellbar als Zäsur im gesamten politischen Zusammenhang. (Was den Schritt von der RAF impliziert.)

Wir fordern das mit der bekannten Gefängnisgeschichte im Rücken – und wir wollen das aus einer direkten politischen Zielsetzung für jetzt, als Ausdruck der generellen Notwendigkeit von „Lösungen“.

Anmerkungen der taz

(1) „g. anders“: Günter Anders – zivilisationskritischer linker Philosoph („Die Antiquiertheit des Menschen“)

(2) „kh“: Karl-Heinz Dellwo (damals JVA Celle, heute draußen)

(3) „Wie 89“: Im Frühjahr 1989 fand der 10. kollektive Hungerstreik der RAF-Gefangenen statt, der durch die Hungerstreikerklärung ausdrücklich auf eine politische Öffnung weit über das antiimperialistische Spektrum hinaus zielte und auch sehr breite Unterstützung erhielt, ohne allerdings die zentrale Forderung (Zusammenlegung in ein oder zwei großen Gruppen) durchsetzen zu können.

(4) „die Celler“: Karl-Heinz Dellwo, Lutz Tauer, Knut Folkerts (die mittlerweile entlassen sind und die bei der Spaltung von RAF und Gefangenen-Gruppe zusammen mit der RAF draußen eine Fraktion bildeten)

(5) KGT-Initiative: Im April 1991 behaupten die Behörden, die Anschläge würden aus dem Knastr gesteuert. In diese Zeit fällt die Gründung der „Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung“ (KGT). Darin arbeiten Geheimdienste, Polizei, Innenministerien und der Generalbundesanwalt bei der „RAF-Bekämpfung“ ohne Rücksicht auf das Trennungsgebot der Arbeit von Polizei und Geheimdiensten zusammen. (6) „RZ-Papiere“: Die Erklärung der RZ vom Dezember 1991, in der sie über die Ermordung des RZ-Mitglieds Gerd Altbartus durch eine palästinensische Gruppe berichten und sich mit ihrer Beteiligung an der Flugzeugentführung 1976 nach Entebbe auseinandersetzen, bei der israelische Passagiere von den anderen selektiert wurden, und die Auflösungserklärung der „Revolutionären Zellen“ vom Februar 1992, die einen Abschied vom RZ-Mythos und eine politische Öffnung ermöglichen sollte.

(7) „500 Jahre“: Aktionen zur Kolonisation Lateinamerikas vor 500 Jahren 1992



Einladung

Die Sozialisten und die Macht heute

Konferenz des Marxistischen Forums am 5./6. Oktober, Berlin

Keine zweite Frage beschäftigt seit Monaten die Mitglieder und Sympathisanten der PDS mehr und kontroverser als das Verhältnis zur Macht, insbesondere zur Staatsmacht heute. Die Diskussion verengte sich auf eine Frage: Regierungsbeteiligung in Ländern – Ja oder Nein.

Das marxistische Forum lädt dazu ein, die begrenzte Sicht zu überwinden und sich den Fragen in ihrer Breite aus historischer und aktueller Sicht zu stellen: Macht und Recht, Macht und Eigentum, Macht und der Alltag des Lebens der Bürger in der DDR und in der Gegenwart.

Als Referenten haben zugesagt: Professor Dr. Hermann Klenner, Prof. Dr. Harry Nick, Hans Modrow und die

Berliner Bezirksbürgermeister Wolfgang Friedersdorf und Uwe Klett.

Wir treffen uns am 5. Oktober (Beginn 10 Uhr) und 6. Oktober (Ende gegen 13 Uhr) 1996 im Kongreß Center (LCC), Normannenstraße, 10365 Berlin Lichtenberg.

Wer Diskussionsbeiträge anmelden will, schreibt an Prof. Dr. Kurt Pätzold, Neue Krugalle 46, 12435 Berlin

Die Tagungsstätte ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln wie folgt zu erreichen: Von Fern-, S-, und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg entlang der Frankfurter Allee zu Fuß in Richtung Stadtmitte oder mit der U-Bahn – Linie U5, jedoch in Richtung Hönower und ebenso ab S-Bahnhof Frankfurter Allee. Vom Fernbahnhof Hauptbahnhof eine Station mit jeder S-Bahn bis Alexanderplatz und von da wie oben beschrieben.

27 Fragen an André Brie

**Bundeskoordinierungsrat der AG „Junge GenossInnen“ in und bei der PDS
Presserklärung, Berlin, 17.8.1996**

Die Erklärung des Bundeskoordinierungsrates der AG Junge GenossInnen paßt der breiteren Presse offenbar nicht recht ins Konzept. Hier sehen wir nämlich ein Anzeichen, daß die PDS der Tradition von Abweichung, Ausrichtung, Linienkorrektur usw. entwächst. Wer fragt, lockert etwas in der Struktur von Richtungsweisung und Ausführung, von Über- und Unterordnung. Jetzt fehlte zum Glück der Partei nur noch, daß André Brie antwortet. Und das ist, leider, fraglich. (maf)

Fragen zu A. Brie's Urlaubsgrüßen

Unbenommen hat jedes Mitglied der PDS das Recht, sich in den Medien zu äußern.

Nichtsdestotrotz fragen wir, junge Mitglieder und SympathisantInnen der PDS, uns:

Wieso meint André Brie erst, die Regierungsfrage sei eine Nebensache, um sie ein paar Tage später als äußerst wichtig zu definieren?

Wieso soll die PDS die von der SPD geforderte Selbstverständnisdebatte führen?

Wieso muß André Brie, wenn er Debatten provozieren will, dies auf eine die Mitgliedschaft der PDS beschimpfende Art und Weise tun?

Wieso wird zum einen ein Faltblatt des sozialistischen Korrespondenzbüros herausgegeben, in dem steht: „Die PDS bekennt sich zu den demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes...“ und zum anderen kurze Zeit später von einem Mitglied dieses Büros bezweifelt, daß es in der PDS ein positives Verhältnis zum Grundgesetz gibt?

Wieso verweigert André Brie die Debatten in der Partei und überrascht uns statt dessen mit immer neuen Thesen via Medien?

Wir fragen, WARUM dieses ganze Theater?

Warum macht André Brie StalinistInnen, die es natürlich in der PDS gibt und mit denen die Auseinandersetzung dringend erforderlich ist, künstlich stärker als sie sind?

Wieso kommt André Brie dazu, sich selbst zu dem Erneuerer zu machen? Hat er schon vergessen, daß auch er versuchte, seine Vergangenheit als IM des MfS zu verschweigen und in einer politisch besonders brisanten Situation den Landesvorsitz der Berliner PDS übernahm, dabei aber gegen den Beschluß zur Offenlegung der eigenen Biographie verstieß?

Hatte André Brie nicht die Möglichkeit, immerhin ist er Vorsitzender der Grundsatzkommission der PDS, die von ihm eingeklagten Debatten (Parteiprogramm, Parlamentarismuskritik) innerhalb der Partei anzustoßen?

Wie will André Brie den Wahlkampf der PDS leiten, wenn er pauschal Mitglieder aus dem Westen und junge Menschen diffamiert, ein Bild von der PDS malt, welches in der Realität keine Unterstützung findet und somit ein distanziertes Verhältnis zur PDS aufbaut?

Was soll die Märtyrerrolle bewirken, in die sich André Brie, zuletzt im Gespräch mit der „Süddeutschen Zeitung“, hineinbegibt?

Was will André Brie mit der Drohung bewirken, möglicherweise die PDS zu verlassen, wenn er gleichzeitig Gregor Gysi und Lothar Bisky für ihr „Entweder Wagenknecht oder wir“ kritisiert? Merkt er nicht, daß das von ihm aufgemachte Junktim auch eine Form der Erpressung ist? Und meint er wirklich, wir lassen uns erpressen?

Ist dieses ganze Verhalten nicht antiaufklärerisch und antiemanzipatorisch, an die Gefühle und den Bauch der Menschen appellierend (also genau das, was er in politischen Auseinandersetzungen kritisiert), kurz völlig apolitisch?

Wieso sollen wir „überzeugend unsere Koalitionsfähigkeit und demokratische Verlässlichkeit“ gegenüber den möglichen Partnern für Reformpolitik beweisen ohne daß die Inhalte für Reformen, auch seitens der SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN definiert werden?

Was sollen Bekenntnisse zum Parlamentarismus und zum Grundgesetz auf der Ebene des herrschenden Diskurses?

Meint André Brie wirklich, daß der derzeit ablaufende parlamentarische Betrieb jenseits von Kritik steht? Wieso beteiligen sich dann immer weniger Menschen an Wahlen?

Wie steht André Brie denn zum Programm der PDS, welches der außerparlamentarischen Politik das Primat einräumt, ohne die parlamentarische Arbeit geringzuschätzen?

Wieso forderte André Brie mehr direkte Demokratie, Stichwort: „Bayrische Verhältnisse für alle“, wenn er jetzt ein abstraktes Bekenntnis zum Parlamentarismus fordert?

Hält André Brie das Grundgesetz denn für die demokratischste Verfassung, nicht verbesserungswürdig und wieso gibt es dann einen eigenen Verfassungsentwurf der PDS?

Was hält André Brie denn heute vom Verfassungsentwurf des Runden Tisches?

Meint André Brie, sein herablassendes und ständig Prügel austeilendes Verhalten macht unsere Partei attraktiv für junge Menschen, die er ja für die PDS begeistern will?

Oder ist es schon gar nicht mehr Seine Partei?

Wir wollen Politik im Parlament und v.a. auf der Straße machen, da gibt es genügend zu tun!

TERMINE

7.9. Der DGB plant in mehreren großen Städten des Bundesgebiets erneut Aktionen gegen das „Sparpaket“ der Bundesregierung.

7./8.9.: In Duisburg-Rheinhausen findet die 4. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS statt: „Zeitstrukturen. Entwürfe zur Neuverteilung der Arbeitszeit“ ist ihr Thema.

14.9.: Der Vorstand der Bundeskonferenz BWK tagt in Köln.

14.9.: Demokratisierung der Strafrechts- und Kriminalpolitik. Anhörung der PDS-Bundestagsgruppe in der Außenstelle des Deutschen Bundestags, Unter den Linden 69-73, Saal 2.61. Leitung: Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer (MdB) und Ulla Jelpke (MdB). Beginn 9.30 Uhr. Infos bei: Büro Prof. Uwe-Jens Heuer (MdB), z. Hd. Claudia Stürbo, Bundeshaus, 53113 Bonn, Tel. 0228-1687680, Fax 0228-1686680.

15.9.: Kommunalwahlen in Niedersachsen.

20./21.9.: Die Bundestagsgruppe der PDS lädt ein zu einer Konferenz „Die soziale Frage gestern, heute und morgen – zwischen Armut und Reichtum“. Berlin, Haus am Köllnischen Park. Anmeldungen bei der PDS-Bundestagsgruppe, Renate Aleku, Tel. 0228-1643649, Fax 0228-1686763.

21.9.: „Friedensfestival Kurdistan“ im Müngersdorfer Stadion in Köln. Koordinationsbüro c/o Köln Office, Weißhausstr. 20, 50939 Köln, Tel. 0221-4769330, Fax 0221-4769332.

28.9.-4.10.: Stuttgart: ÖTV-Gewerkschaftstag.

5./6.10.: Das Marxistische Forum in der PDS veranstaltet in Berlin ein zweitägiges Seminar zum Thema „Die Sozialisten und die Macht heute“. Beginn am 5.10. um 10 Uhr im Kongreß-Center (LCC), Normannenstraße, Berlin-Lichtenberg. Geplant sind u.a. mehrere Diskussionsrunden mit einleitenden Referaten, u.a. von H. Modrow. Anmeldungen für Diskussionsbeiträge sind möglich an: Dr. Kurt Pätzold, Neue Krugallee 46, 12435 Berlin.

6.-10.10.: Vereinigungs-Gewerkschaftstag der Gewerkschaften IG Chemie und der IG Bergbau.

12./13.10.: Herbsttagung der Bundeskonferenz BWK in Köln.

12./13.10.: Bündnis 90/Die Grünen beraten auf dem „2. Strategie/Perspektivenkongreß“ im Kongreßzentrum von Hannover in 10 Foren über „Alternativen in der Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- und Arbeitspolitik“. Anmeldungen bei der Bundesgeschäftsstelle Bündnis 90/DieGrünen, Stichwort Strategiekongreß, Baunscheidtstr. 1a, 53113 Bonn, Fax 0228-9166-199.

20.-22.10.: CDU-Bundesparteitag, Hannover.

25.-26.10.: „Wie rechts ist der Zeitgeist – Be-

DIE SOZIALE FRAGE GESTERN, HEUTE UND MORGEN – ZWISCHEN ARMUT UND REICHTUM

Konferenz der PDS-Bundestagsgruppe 20. und 21. September 1996 – Haus am Köllnischen Park, Berlin

Die Debatte über den Sozialstaat hat 1996 eine neue Qualität bekommen:

In bislang nicht gekanntem Ausmaß kürzt die Bonner Regierungskoalition soziale Leistungen und greift in demokratische und soziale Grundrechte der Bevölkerung ein. Vertreter der Arbeitgeberverbände nutzen den historischen Moment, um immer weitreichendere Forderungen zu stellen. Die zielen längst nicht nur auf Lohnzurückhaltung, sondern auf die arbeitsrechtlichen und sozialen Besitzstände der Beschäftigten...

So deutlich die damit verbundenen Zusammenhänge auf den ersten Blick scheinen, so schwierig ist es dennoch, das Wesen der sozialen Krise am Ende dieses Jahrhunderts zu verstehen. Die Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag lädt dazu ein, in einen Dialog über diese Zukunftsfragen und die Herausforderungen unserer Zeit einzutreten.

PROGRAMM

Freitag, der 20.9.96

15 Uhr Markt der Möglichkeiten – Vorstellung von Initiativen und Selbsthilfegruppen
16 Uhr Eröffnung der Konferenz durch Lothar Bisky, anschließend Referate und Diskussion:



lädt ein zum:
VI. Bundestreffen der
Cuba-Solidarität
vom 6.-8. September 1996
in Offenburg

Reflexion ☆ Bestandsaufnahme ☆
Perspektiven ☆ Projektplanungen ☆
Plenardiskussionen mit cubanischen
Gästen ☆ ausführliche Debatten in
themenorientierten Arbeitsgruppen ☆
Informations- und Kontaktbörse ☆
Fiesta de la Solidaridad.

Mit der Ausweitung der US-Blockade
ergeben sich neue Anforderungen an
die Solidaritätsbewegung!

Weitere Infos und Anmeldeformulare
NETZWERK CUBA ☆ Reutersstraße 44 ☆
53113 Bonn ☆ Tel. 0228 914 11 01
☆ e-mail: cuba@rednet.kit.de ☆ Wir
biten um Spenden zur Finanzierung des
Treffens. Konto: NETZWERK CUBA e.V.
☆ Sparkasse Bonn ☆ Kto-Nr. 45901 ☆
B.I. 390500000 ☆ V.V. 1100000000

obachtungen, Erfahrungen, Analysen, Abwehr. Zur Auseinandersetzung mit dem heutigen Rechtsextremismus.“ Konferenz der PDS im Gewerkschaftshaus in Salzgitter. Infos über: Ulla Jelpke (PDS-MdB), Bundeshaus, 53113 Bonn, Tel. 0228-1685787, Fax 0228-1686793.

25.-27.10.: Nürnberg: IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“ – 50 Jahre nach den Nürnberger Ärzteprozeß, Infos: IPPNW-Kongreßbüro, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166.

26./27.10.: Herbst-Arbeitstreffen der KAZ-Gruppe im Raum Heidelberg. Infos bei KAZ-Redaktion, Schwanthaler Str. 139, 80339 München.

5. November: US-Präsidentenwahl.

14.-16.11.: DGB-Bundeskongreß in Dresden. Beschluß über neues Grundsatzprogramm.

1997

24.-26.1.: 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS in Schwerin. TO: u.a. Beratung über sozialpolitische Aufgaben, über Feminismus und PDS sowie Neuwahl des Vorstands.

22./23.3.: Kommunalpolitische Konferenz der PDS in Leipzig.

März 1997: Kommunalwahlen in Hessen.

• Dr. Heidi Knake-Werner: Die soziale Frage heute – zurück ins 19. Jahrhundert • Horst Schmitthenner, IG Metall • Prof. Dr. Walter Hanesch referieren jeweils zu dem Thema Zwischen Standortlogik und Gemeinsinn – Perspektiven des Sozialstaates
20.30 Uhr Fragerunde mit den ReferentInnen Obdachlosentheater Ratten 07; Markt der Möglichkeiten

SAMSTAG, 21.9.96

9-13 Uhr Arbeitsgruppen: • Macht der Sozialstaat den Standort kaputt? • Arbeit – was ist sie uns wert? Für eine Neubestimmung der gesellschaftlichen Arbeit • Arbeitszeit – eigene Zeit. Wer beherrscht die Zeit? • Wie Reichtum arm macht • Der schnelle Wandel des Lebens – wieviel Individualität verträgt die Gesellschaft? • Die „Null-Block-Generation“? Zur sozialen Situation von Kindern und Jugendlichen • Altersarmut – selbst verschuldet? 14.30 Uhr Podiumsdiskussion: Wer soll das alles ändern?
mit Gregor Gysi (PDS), Kerstin Müller (B90/Grüne), Monika Buttgerit (SPD), Cora Molloy (BAG-SHI), Franziska Wlethold (HBV), Rüdiger Weiser (KAD)

Anmeldungen bitte an: Renate Aleku, PDS im Bundestag, Bundeshaus Bonn-Center, 53113 Bonn Tel. 0228/1643649
Fax 0228/1686763 Anmeldung von Info-Ständen zum „Markt der Möglichkeiten“ an PDS im Bundestag, z. Hd. Thomas Nord, 10870 Berlin, Fax 030/22776104





Nûzan wurde 1963 in Ayindar-Kurtalan (Nordkurdistan) geboren. Die Musik hat in seinem Leben von klein auf eine große Rolle gespielt. Schon als Kind sang er kurdische Volkslieder, zwar auf kurdisch, aber mit noch völlig unpolitischem Inhalt. Zum politischen Sänger wurde er erst, als 1977 von der kurdischen Befreiungsorganisation Kawa in Kurtalan ein kurdischer Solidaritätsverein mit Bauern und Arbeitern gegründet wurde und er aktiv mitarbeitete. Zu dieser Zeit hatte er seine ersten Auftritte als Sänger bei Newroz-Feiern und anderen Gelegenheiten in seiner Region. Als er 1980 mit dem Gymnasium fertig war, begann er in türkischen Metropolen unter anderem Namen aufzutreten, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. In Kurdistan konnte er sich wenig aufhalten, da er aufgrund seiner politischen Tätigkeit und der Tatsache, daß er in seiner in der Türkei verbotenen Muttersprache Kurdisch sang, von den türkischen Sicherheitskräften gesucht wurde. Nûzan wollte nach dem Abitur Musik studieren und hatte sich am Konservatorium immatrikulieren lassen. Er konnte das Studium jedoch nicht aufnehmen, da dieses Studienfach damals fest in der Hand türkischer Faschisten war. 1987 reiste er illegal nach Deutschland ein und stellte einen Antrag auf politisches Asyl. Nach einem Jahr wurde der Antrag mit der Begründung abgelehnt, daß ihm nach seiner Abschiebung in die

Türkei „nur“ eine fünfjährige Haftstrafe drohen würde. amnesty international setzte sich für ihn ein, aber ein Antrag

Nûzan

- ein kurdischer Liedermacher



Nûzan verbreitet eine neue CD. Die CD kann bestellt werden über: Tel. 07524/3072, Fax: 07524/4355

Am 28.8. meldet die Frankfurter Rundschau, türkische Mitglieder im Ausländerausschuß im baden-württembergischen Biberach hätten durchgesetzt, daß der kurdische Musiker Nûzan, der im Programm der „Tage internationaler Partnerschaft“ auftreten sollte, eingeladen wurde. Die offenbar rechtsgerichteten türkischen Mitglieder im Ausländerbeirat drohten, andernfalls das gesamte TIP-Programm zu boykottieren. Der zuständige Sozialarbeiter sagte der FR: „Der Schaden, der durch Nûzans Auftritt entstehen würde, ist größer als der durch die Absage.“ – Wie unaufhaltsam wuchert die politische Verfolgung der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung in der BRD weiter zur ethnischen Verfolgung. Nûzan hat seiner CD englische und deutsche Übersetzungen beigegeben. Wir veröffentlichen einige Texte. (maf)

auf Aufenthalt in Deutschland wurde vom bayerischen Landtag abgelehnt. Um seiner Abschiebung zu entgehen, reiste er illegal nach Frankreich und stellte dort erneut einen Antrag auf politisches Asyl, welches ihm nach zwei Monaten gewährt wurde. 1992 reiste er nach Südkurdistan, wo er eine Konzertreise veranstaltete, die auch im südkurdischen Fernsehen ausgestrahlt wurde. Er ist mehrmals im kurdischen Sender MED-TV, der zwischenzeitlich auch in Europa verboten ist, aufgetreten.

Nûzan setzt sich für ein freies und vereinigtes Kurdistan ein, in dem sein Volk ohne Unterdrückung leben kann. Am wichtigsten ist ihm an seinem Aufenthalt in Europa, daß er frei reisen kann und dadurch die Möglichkeit hat, an den vielen politischen Veranstaltungen, die von Kurden und Europäern in ganz Europa organisiert werden, teilzunehmen.

Seit 1989 hat Nûzan drei Kassetten herausgebracht. Die erste heißt „Welatê Kurdistan“ (Meine Heimat Kurdistan), die zweite „Dêye Negri“ (Mutter, weine nicht) und die dritte „Koletî Besse“ (Genug Sklaverei). Seine CD „Welatê Min Xweş“ (Mein schönes Land) enthält Lieder aus allen drei Kassetten und ein neues Lied, „Cahşî Besse“ (Genug Verrat). Die Texte sind dreisprachig (kurdisch, deutsch und englisch) verfaßt.

Aus: Berichte aus Augsburg und Schwaben

Ich habe gehört, daß Du krank bist, Leyla

Daß Du krank bist, habe ich gehört / Was kann ich machen / Das ist mein Schicksal / Voller Trauer ist mein Herz / Es war nie fröhlich / Meine liebe Leyla / Du hast es schwer, / teilst mit niemanden Deine Sorgen / Ich habe mich aufgeöst / vom langen Warten / Würdest Du mir doch / Deine Herzensklage anvertrauen / Wie eine Frühlingsblume / sind meine Augen betrânt / Alle Menschen schlafen sorglos / Nur ich bin Deinetwegen schlaflos / und wach

Onkel

Ein junger Mann wird verhaftet und beschreibt seinem Onkel seine Situation in einem Gedicht:

Onkel, das Wasser des Flusses Çeter ist eiskalt. / Tewfiq, bringe meinem Onkel die

Nachricht nach Xer Xanlyä und sage ihm, daß die Handschellen meine Hände zerquetschen. / Dieser Fluß in Persin ist uns fremd; berichte meinem Onkel, er muß sich gut vorbereiten, da der Feind sehr gemein und hinterlistig ist. Erzähle ihm, daß ich von den Osmanen (Feind) gefangen genommen wurde, berichte ihm, daß die Handschellen meine Gelenke zum Bluten gebracht haben.

Ach, ach, Onkel, ich bin in den Händen von Fremden und in einem fremden Land gefangen.

Ja Onkel, das Wasser des Flusses Çeter ist schlammig. Heute findet ein Krieg am Çeter auf der Persin-Ebene statt. Der Feind ist sehr gemein. Tewfiq, bringe meinem Onkel die Nachricht nach Xer Xanlyä und sage ihm, daß ich vom Henker gefangen genommen wurde und daß er sich auf meine Befreiung gut vorbereiten muß, da der Feind sehr gemein und hinterlistig ist.

Ach, ach, Onkel, ich bin in den Hän-

den von Fremden und in einem fremden Land gefangen.

Onkel, das Wasser des Flusses Çeter ist eiskalt.

Ich bin verletzt

Ach Mutter, / ich bin verletzt / ich weine / Ich schreie laut / Mutter, ich weine, / Habe keine Kraft mehr / Ich bin verletzt / In meine Heimat verliebt

Ich liebe die Weiden und die Wälder / Den Duft der Frühlingsblumen / Die Quellen an den Füßen der Berge / Und sehne mich / Nach meinen lieben Freunden

Ich rufe mein Volk auf: / Kehren wir zurück in die Heimat / Weil wir unsere eigene Geschichte haben / Ein Land ohne Menschen ist kein Land / ist keine Heimat

Ihr Mädchen und Jungen, / Steht auf / Heldenhaft / Hand in Hand / Auf in die Berge / Befreit eure Burgen und Berge

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
- erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postf. 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detje (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christian Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“. Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.

Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73.

Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/38 93 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11/4 58 37 93. Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089/5 02 81 12.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04/6 57 11, Fax: 03 42 04/6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11/62 15 32.

Politische Berichte - zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

BankUnterschrift